

Dokumentation

ZU DEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER KPD UND DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

Die Kommunistische Internationale (Komintern) war zwischen 1919 und 1943 die Zusammenfassung sämtlicher Kommunistischer Parteien¹. Im Jahre 1928 gehörten der Komintern, der III. Internationale, 40 Parteien mit 1,6 Millionen Mitgliedern an². Die straffzentralisierte Komintern verstand sich als „Weltpartei der Revolution“, die Mitgliederparteien waren nationale Sektionen, vom EKKI (Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale) in Moskau geleitet. Die einzige Staatspartei der III. Internationale, die Kommunistische Partei Rußlands (später KPdSU), hatte eine dominierende Stellung in der Komintern, die in den zwanziger Jahren zu einer Beherrschung der Internationale durch die KPdSU ausgebaut wurde. Die veränderten Verhältnisse waren vor allem für den deutschen Kommunismus bedeutsam, der in immer stärkere Abhängigkeit von Moskau und damit von Stalin geriet.

Die Kommunistische Partei Deutschlands war zwischen 1920 und 1933 neben der russischen KP die stärkste Sektion der III. Internationale (sie zählte zwischen 100 000 und 350 000 Mitglieder und – 1932 – fast 6 Millionen Wähler). Die um die Jahreswende 1918/19 gegründete KPD³ hatte sich allerdings auf dem I. Kongreß

¹ Eine neuere Bibliographie zur Kommunistischen Internationale gibt Witold S. Sworowski, *The Communist International and its Front Organisations*, Stanford, Cal., 1965. An neueren Dokumentensammlungen seien erwähnt: Jane Degras (Ed.), *The Communist International 1919–1943*, Documents, Vol. I, London 1955, Vol. II, London 1960, Vol. III, London 1965; Theo Pirker (Hrsg.), *Utopie und Mythos der Weltrevolution, Zur Geschichte der Komintern 1920 bis 1940*, München 1964. Ders.: *Komintern und Faschismus 1920 bis 1940*, Stuttgart 1965; Hermann Weber, *Die Kommunistische Internationale, Eine Dokumentation*, Hannover 1966; *Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale*, Berlin (Ost) 1959; Helmut Gruber, *International Communism in the Era of Lenin, A documentary History*, Greenwich, Conn., 1967. Auf folgende Darstellungen sei hingewiesen: Franz Borkenau, *The Communist International*, London 1938; Kermit McKenzie, *Komintern and World Revolution 1928–1943*, London 1964; Günther Nollau, *Die Internationale, Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus*, Köln 1959.

² Die Komintern zählte 1923 in 41 Parteien 1 163 000 Mitglieder, davon waren 748 000 in den Parteien außerhalb Rußlands organisiert. 1926 sank sie auf 29 Parteien mit 1 219 000 Mitgliedern (339 000 außerhalb der Sowjetunion) ab. 1928 gab es wieder 40 Parteien mit 1 680 000 Mitgliedern (443 000 außerhalb der Sowjetunion), 1935 schließlich gab es in 61 Parteien 3 141 000 Mitglieder, davon 785 000 in den nichtrussischen Parteien. Vgl. Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, S. 1068 ff.; Jahrbuch für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung 1923/24, Hamburg o. J., S. 66 f.; Dass. 1925/26, Hamburg-Berlin 1926, S. 57; Probleme des Friedens und des Sozialismus, 7. Jg. Nr. 8, 1964, S. 717; Julius Braumthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 2, Hannover 1963, S. 340; Vgl. auch: *Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß*, Materialien, Moskau 1935, S. 36.

³ Zur KPD der Weimarer Republik vgl. Enzo Collotti, *Die Kommunistische Partei Deutsch-*

der Komintern (2.–6. März 1919 in Moskau) gegen die sofortige Gründung der III. Internationale ausgesprochen. Die geistige Führerin des deutschen Kommunismus, Rosa Luxemburg, bestimmte die neue Partei zu dieser Haltung. Sie hielt die Zeit noch nicht reif für eine neue Internationale, hauptsächlich aber befürchtete sie, daß eine Internationale, in der nur die russischen Bolschewiki eine machtvollere Partei waren, in Abhängigkeit von Lenin und Genossen geraten müsse. Der Vertreter der KPD auf dem Gründungskongreß der Komintern, Hugo Eberlein (Pseud. Max Albert), hielt sich an diese Linie. Lenin entschied zunächst, daß man von einer alsbaldigen Gründung absehen müsse, wenn die deutsche Partei ihre Zustimmung versage; er beugte sich dann aber dem Beschluß der übrigen Delegierten, sofort die Komintern zu gründen. Hugo Eberlein, der innerlich schon für die neue Internationale gewonnen war, aber an den strikten Auftrag seiner Parteiführung gebunden blieb, enthielt sich der Stimme⁴.

Nach der Gründung schloß sich die KPD als erste Partei der Komintern an. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, die beiden Hauptgegner einer überstürzten Neubildung der Internationale, waren tot, ermordet, ihre Nachfolger in der deutschen Parteiführung sahen in der III. Internationale einen Zusammenschluß gleichberechtigter Parteien. Fast alle Kommunisten glaubten damals an den Sieg ihrer Revolution binnen Jahresfrist, und schon darum lag ihnen die Idee einer Vormachtstellung Sowjet-Rußlands denkbar fern. Sie erwarteten ja mit Lenin eine Verlagerung des Revolutionszentrums nach Mittel- und Westeuropa. Im Gründungsbeschluß der Komintern war festgelegt worden, „daß der Sitz der Exekutive und das Büro nach Berlin gehöre“, die Zentrale sollte nur bis zum Siege der deutschen Räterepublik in Moskau bleiben⁵.

In dem von Trotzki verfaßten Manifest der Kommunistischen Internationale, in den von Lenin ausgearbeiteten Leitsätzen über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur, sowie in Bucharins Richtlinien zum I. Kongreß wurden die deutschen Probleme ausführlich behandelt und der KPD damit eine wichtige Rolle zuerkannt; sie stand anfangs gleichwertig neben der russischen Partei. Gerade die

lands 1918–1933, Ein bibliographischer Beitrag, Mailand 1961; Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach 1948; Werner T. Angress, Stillborn Revolution, The Communist bid for Power in Germany 1921–1923, Princeton 1963; Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, Hrsgg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960; Hermann Weber, Der deutsche Kommunismus, Dokumente, Köln 1963. Ders., Völker hört die Signale, Der deutsche Kommunismus 1916 bis 1966, München 1967. Die offizielle Version der SED findet sich in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3 und 4, Berlin (Ost) 1966.

⁴ Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis 19. März 1919, Hamburg 1921, S. 151 f. Eberlein gab am 29. Februar 1924 in der „Internationalen Pressekorrespondenz“ Einzelheiten über den Kongreß, die Haltung der KPD-Führung usw. Die wichtigsten Passagen des Artikels sind wieder abgedruckt in: H. Weber, Der deutsche Kommunismus, a. a. O. (vgl. Anm. 3).

⁵ Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses, Aufruf und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum 2. Kongreß, Hamburg 1919, S. 70 f., abgedruckt in H. Weber, Die Kommunistische Internationale, a. a. O. (Anm. 1), S. 29 f.

selbständige Haltung der KPD bei der Komintern-Gründung zeigt, daß die III. Internationale am Beginn noch keineswegs eine straffe, einheitliche Weltorganisation war. Diese Einheitlichkeit zu schaffen, war das Ziel der Kominternführung in den folgenden Jahren. Verstärkt wurde diese Absicht durch den Zulauf, den die Komintern 1920 in Mittel- und Westeuropa erhielt. Die ersten Ergebnisse der Revolutionen nach dem Krieg enttäuschten breite Massen, der Zug nach links war allgemein, und der chiliastische Enthusiasmus der Kommunisten hatte große Anziehungskraft. Viele sozialistische Parteien waren damals bereit, sich der III. Internationale anzuschließen (die norwegische Arbeiterpartei tat es), bei den italienischen und französischen Sozialisten und in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gab es lange Debatten über den Eintritt in die Komintern. Lenin wollte verhindern, daß auf diese Weise nichtkommunistische Gruppen in die Komintern gelangten. Er arbeitete die „21 Bedingungen“ aus, die vom II. Weltkongreß im Juni 1920 angenommen wurden; sie schufen die Voraussetzung für einen strengen Zentralismus der Komintern⁶. Dieser Zentralismus sollte die Komintern als „kommunistische Weltpartei“ mit nationalen Sektionen von dem lockeren Bündnis unabhängiger Parteien, das die II. Internationale dargestellt hatte, unterscheiden. Die meisten Linksradierten hielten eine straff disziplinierte Internationale für notwendig, um die Fehler der II. Internationale zu vermeiden, die nach ihrer Meinung wegen der Selbständigkeit ihrer Mitgliederparteien und deren Nationalismus bei Kriegsbeginn auseinandergebrochen war.

Anfangs konnte die starke Zentrale der Komintern noch nicht alle Sektionen dem Willen Moskaus unterwerfen. Noch Ende 1922 wurden Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Komintern-Vorsitzenden Sinowjew und dem KPD-Vorsitzenden Meyer in der Sprache von Partnern geführt (vgl. Dok. 2 und 3). Und doch vollzog sich seit 1921 ein Wandel in den Beziehungen der Komintern zu den einzelnen Parteien und der Kommunisten zu Sowjetrußland. Auch wenn die KP Rußlands in der Exekutive zahlenmäßig keine Mehrheit besaß, war Rußland doch das Land, auf dessen technische und auch finanzielle Hilfe die Komintern angewiesen war, und vor allem war es das Land, das als Vorbild galt und auf dessen Autorität die Internationale aufgebaut war, „so daß die faktische Vorherrschaft der Bolschewiki in der Komintern trotz der formellen Majorität der Nichtrussen ge-

⁶ Die „21 Bedingungen“ schrieben u. a. vor, Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationale müßten neben der legalen auch illegale Arbeit leisten, „Reformisten“ aus ihren Reihen entfernen, die Parlamentsfraktionen der Parteiführung unterstellen. Die 12. Bedingung lautete: „Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitestgehenden Befugnissen ausgestattet wird.“ Die „21 Bedingungen“ sind abgedruckt bei Nollau, a. a. O. (Anm. 1), S. 317 ff.; bei Pirker, Utopie ... a. a. O. (Anm. 1), S. 24 ff., und Weber, Die Kommunistische Internationale a. a. O. (Anm. 1), S. 55 ff.

sichert war“⁷. Zunächst nicht offensichtlich und den führenden Kräften wahrscheinlich nicht einmal bewußt, änderte sich das Verhältnis der KPD (wie das der andern Mitgliederparteien) zur KP Rußlands in der Komintern: anstelle von gleichberechtigten Sektionen gab es bald führende und mitlaufende und zuletzt eine bestimmende Partei und ausführende Organisationen. In dem Maße, in dem die revolutionäre Welle in Europa abebbte und gleichzeitig der Sowjetstaat erstarkte, bestimmte die KPdSU und damit die Sowjetunion Stalins den Kurs der Komintern und ordnete die Kommunistischen Parteien in aller Welt ihren Interessen (oft sogar nur ihren vermeintlichen Interessen) unter.

Auch wenn die Beziehungen zwischen der Komintern und den einzelnen kommunistischen Parteien im allgemeinen bekannt sind, liegen doch bis heute kaum authentische Dokumente über das direkte Verhältnis zwischen Moskau und den einzelnen Parteizentralen vor. Der Schriftwechsel ruht mit wenigen Ausnahmen in den Geheimarchiven, und es ist kaum anzunehmen, daß er in absehbarer Zeit veröffentlicht wird. Um so bedeutsamer sind alle Materialien, die über die Methoden der Anleitung oder die allgemeinen Kontakte Aufschluß geben können. Das gilt auch für die hier abgedruckten Dokumente. Die meisten der wiedergegebenen Briefe und Erklärungen stammen aus dem Nachlaß von Ernst Meyer. Seiner Witwe Rosa Meyer-Leviné gilt der herzliche Dank dafür, daß sie die Veröffentlichung der Dokumente aus ihrem Privat-Archiv gestattete (bei den Briefen Meyers nach Moskau handelt es sich um Durchschläge und Abschriften). Ebenso gilt der Dank für das Recht zur Veröffentlichung der anderen Dokumente Herrn Rudert und dem Bundesarchiv in Koblenz. (Offensichtliche Schreibfehler in den Dokumenten und Abschriften wurden stillschweigend berichtigt, Zusätze in eckige Klammern gesetzt.)

Ernst Meyer war einer der bemerkenswertesten Führer des deutschen Kommunismus. Doch während KPD-Führer wie Heinrich Brandler, Ruth Fischer oder Ernst Thälmann weitgehend ein Begriff sind, ist die Rolle von Ernst Meyer fast unbekannt. Dabei war Meyer in den wichtigsten Perioden der KPD-Geschichte Führer der Partei: nach der Märzaktion 1921 löste er Brandler in der Parteiführung ab und lenkte über eineinhalb Jahre die Geschicke der KPD, die in dieser Zeit wieder eine machtvolle Organisation wurde und so 1923 Kurs auf die Vorbereitung des Aufstandes nehmen konnte. Ende 1926 und 1927 war Meyer noch einmal maßgebender Führer der Partei, auch wenn damals nach außen hin bereits Thälmann die Partei leitete. Aber auch als tatkräftiger Organisator innerparteilicher Oppositionsgruppen wie der „Mittelgruppe“ (1924/25) oder der „Versöhnler“ (1928/29) spielte Meyer eine entscheidende Rolle.

Am 10. Juli 1887 in Prostken (Ostpreußen) als Sohn eines Lokomotivführers geboren, studierte Ernst Meyer⁸ in Königsberg und Berlin Philosophie, Psychologie

⁷ Richard Löwenthal, Rußland und die Bolschewisierung der deutschen Kommunisten, in: Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart, Hrsgg. von Werner Markert, Stuttgart 1964, S. 105.

⁸ Eine ausführliche Biographie von Ernst Meyer wird zusammen mit weiteren Kurzbiographien von 500 KPD-Führern erscheinen in: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Die Stalinisierung der KPD 1924–1929, Hannover 1968.

und Nationalökonomie. 1908 Mitglied der SPD, kam er nach seiner Promotion zum Dr. phil. (1910) im Jahre 1913 als politischer Redakteur an das SPD-Zentralorgan „Vorwärts“. Meyer gehörte zum Freundeskreis von Rosa Luxemburg, er war im Ersten Weltkrieg einer der Mitbegründer der Gruppe Internationale (Spartakus). 1915 wegen seiner Opposition gegen die SPD-Linie aus dem „Vorwärts“ entfernt, kam Meyer 1916 in „Schutzhaft“. 1918 lag die Führung des Spartakusbundes (da Liebknecht, Luxemburg und Jogiches verhaftet waren) in seinen Händen. Auf dem Gründungsparteitag 1918 in die Zentrale der KPD gewählt, wurde er 1919 wieder mehrere Monate in „Schutzhaft“ festgehalten. Meyer gehörte dem Politischen Büro der KPD-Zentrale an, vom II. Weltkongreß der Komintern 1920 wurde er zum Mitglied des EKKI berufen. 1921/22 war Meyer Parteivorsitzender (bei der Wahl zur Zentrale auf dem Jenaer Parteitag 1921 erhielt er die meisten Stimmen). Nach der Rückkehr Brandlers im August 1922 und nach Machenschaften der Komintern wurde Meyer abgelöst, übte aber weiterhin verantwortliche Funktionen aus; so war er 1923 Leiter des Oberbezirks Süd (Bayern, Hessen, Württemberg und Baden) der KPD. 1924/25 Führer der oppositionellen Kreise gegen die Ruth Fischer-Führung, wurde er 1926 wieder in die Spitzenkörperschaft der KPD aufgenommen und war bald der eigentliche Parteiführer. Nach der erneuten „Links“-wendung der Komintern (vgl. Dok. 13) wurde der schwerkranke Meyer 1928/29 zum Führer der sogenannten „Versöhnler“, einer Oppositionsgruppe, die den ultralinken Kurs der KPD verhindern wollte. Meyer, von 1921 bis 1924 und von 1928 bis zu seinem Tode Abgeordneter des preußischen Landtags, litt an Tuberkulose und starb am 2. Februar 1930 an Lungenentzündung.

Als Mitglied des EKKI stand Meyer zu Beginn der zwanziger Jahre in ständigem Kontakt mit der Kominternführung. Seine Antwort auf den Brief Sinowjews (Dok. 2 und 3) zeigt ihn als überlegenen, aber loyalen Partner der russischen Führer. 1921 hatten die Kommunisten – noch unter dem Einfluß Lenins* – die „Einheitsfrontpolitik“ auf ihre Fahnen geschrieben. Die Komintern billigte diese Linie, an der – trotz des Widerstandes der linken Opposition in der KPD – auch 1922 und 1923 festgehalten wurde. Das Krisenjahr 1923 mit Inflation und Ruhrbesetzung führte zur Radikalisierung der Massen. Die KPD bereitete sich auf den revolutionären Umsturz vor. Im August 1923 entwarf die Komintern einen Aktionsplan für den bewaffneten Aufstand. Im Oktober 1923 traten die Kommunisten in die sozialistischen Regierungen von Sachsen und Thüringen ein. Noch im gleichen Monat glaubte die KPD-Führung unter Brandler und Thalheimer¹⁰ jedoch, der Aufstand sei nicht möglich, und sagte die Aktion ab. Nur in Hamburg kam es zu bewaffneten

* Vgl. dazu Arnold Reiserberg, *Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland, Berlin (Ost) 1964.*

¹⁰ Heinrich Brandler (1881–1967) war 1921 und 1923 Führer der KPD. 1928 aus der Partei ausgeschlossen, leitete er eine Oppositionsgruppe, die KPO. Brandler lebte – 1949 aus der Emigration zurückgekehrt – bis zu seinem Tode in Hamburg. August Thalheimer (1884–1948) war bis 1923 Theoretiker und Parteiführer der KPD. 1928 ausgeschlossen, mit Brandler Führer der KPO, starb in der Emigration in Kuba.

Auseinandersetzungen. Der isolierte Aufstand wurde aber rasch niedergeschlagen. Damit war die letzte größere militärische Aktion der Kommunisten in Deutschland zusammengebrochen; der KPD war es nicht gelungen, auf revolutionärem Wege an die Macht zu kommen. Innerhalb der Partei kam es zu heftigen Debatten über die Schuldfrage am Mißlingen der Revolution. Die KPD wurde bis April 1924 verboten.

Die Komintern konnte ihren Einfluß auf die geschwächte KPD weiter ausdehnen. Auch die innerparteilichen Differenzen der KP Rußlands griffen auf die KPD über. Im April 1924 übernahmen die Linken unter Maslow und Ruth Fischer die Führung der KPD¹¹. Sie proklamierten die Bolschewisierung der Partei, und bald vertraten sie Sinowjews Politik in Deutschland. Doch ihre ultralinke Politik isolierte die KPD, Ende 1925 griff die Komintern ein und änderte die Leitung und Politik der deutschen Partei. Nunmehr leiteten kominterntreue Linke (Thälmann, Dengel, Schneller) zusammen mit Führern einer kommunistischen Realpolitik (Meyer, Ewert) die KPD¹². Den Kurs der Sowjetunion und damit der Komintern bestimmte mehr und mehr Stalin. Die Politik der KPD wurde nicht selten von Fraktionsrücksichten der russischen Partei anstatt von der Situation in Deutschland bestimmt. Im Februar 1928, auf der 9. Tagung des EKKI, schlossen KPD und KPdSU ein Abkommen, das einen neuen ultralinken Kurs einleitete. Bis 1934 hielt die KPD an dieser Linie fest, ihre Politik wurde nun eindeutig von den Komintern Stalins dirigiert. Mit ihrer Frontstellung gegen den „Hauptfeind“ SPD („Sozialfaschismus“) und der Gleichsetzung von Weimarer Republik und Faschismus („Brüning-Faschismus“, „Papen-Faschismus“) trug die KPD ihren Teil bei zum Untergang des Weimarer Staates, der 1933 auch den Untergang der KPD bedeutete. *Hermann Weber*

¹¹ Arkadij Maslow (1891–1941), Russe, seit der Jahrhundertwende in Deutschland, schloß sich nach dem Studium 1919 der KPD an. Ab 1921 einer der Führer der Berliner Parteiorganisation, Wortführer der linken Opposition. 1924 Führer der KPD, aber verhaftet und bis 1926 im Gefängnis. 1926 als „Ultralinkler“ aus der KPD ausgeschlossen. 1933 Emigration nach Frankreich, später Kuba, wo er 1941 starb. Ruth Fischer (1895–1961), Pseud. von Elfriede Golke geb. Eisler. 1921 Leiterin der Berliner KPD und der linken Opposition. 1924 Führerin der Partei, im Herbst 1925 abgesetzt und 1926 aus der KPD ausgeschlossen. 1933 Emigration nach Frankreich, später USA. Sie verfaßte mehrere Bücher über den Kommunismus, u. a.: Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt/M. 1949.

¹² Ernst Thälmann (1886–1944), Transportarbeiter, von 1925 bis 1933 Führer der KPD. 1933 verhaftet und am 18. 8. 1944 im KZ Buchenwald ermordet. Philipp Dengel (1888–1948), Studienrat, gehörte seit 1924 zur Spitzenführung der KPD, von 1933 bis 1945 lebte er in der Emigration in Moskau. Ernst Schneller (1890–1944), Lehrer, von 1924 bis 1929 Mitglied der KPD-Führung. 1933 verhaftet und 1944 im KZ Sachsenhausen erschossen. Arthur Ewert (1890–1959), Sattler, seit 1925 in der KPD-Spitzenführung, 1928/29 zusammen mit Ernst Meyer Führer der „Versöhnler“. Nach seiner Kapitulation zur Komintern abgestellt, später in Südamerika aktiv. 1935 beim kommunistischen Aufstand in Brasilien verhaftet, nach schweren Folterungen geisteskrank geworden. 1947 nach Deutschland gebracht, lebte er bis zu seinem Tode in einem Sanatorium der DDR.

DOKUMENTE

Zu den Dokumenten 1–3

Unter der Führung Ernst Meyers versuchte die KPD 1922 mit den andern Arbeiterorganisationen zu einer Einheitsfront zu gelangen. Sie intensivierte ihre Anstrengungen nach dem Rathenau-Mord. Noch am Tage der Ermordung Rathenaus, am 24. Juni 1922, forderte die Zentrale der KPD Spitzengespräche zwischen SPD, USP, KPD und Gewerkschaften. Am 26. Juni riefen die Berliner Organisationen der KPD, SPD, USP und die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Protestdemonstration auf. Einen Tag später beschlossen die drei Arbeiterparteien gemeinsam mit dem ADGB und dem Afa-Bund in einem „Berliner Abkommen“ Forderungen zum Schutz der Republik, die der Regierung und dem Reichstag unterbreitet wurden. Wegen Differenzen zwischen der KPD und den andern Parteien wurden die Gespräche am 8. Juli 1922 abgebrochen.¹³

Wie aus Dokument 1, einem Privatbrief von Ernst Meyer an seine Frau Rosa Meyer, hervorgeht, kam es in der KPD-Führung zu Auseinandersetzungen über den Kurs der Parteileitung unter Meyer. Die Zentrale der KPD¹⁴ stimmte der eingeschlagenen Taktik zunächst zu. Doch der Komintern-Emissär Kleine-Guralski¹⁵ kritisierte – wohl im Auftrage Sinowjews – die Haltung der Partei, die er auf eine „linkere“ Position drängen wollte. Dabei solidarisierte er sich mit der „linken Oppo-

¹³ Das „Berliner Abkommen“ ist abgedruckt im Zentralorgan der KPD, „Die Rote Fahne“, Nr. 294 vom 28. 6. 1922 (Morgenausgabe) und im Zentralorgan der SPD „Vorwärts“, Nr. 302 vom 28. 6. 1922 (Morgenausgabe). Für die KPD hatten Meyer und Koenen unterschrieben, für die SPD Müller und Braun, für die USP Ledebour und Crispian, für den ADGB Leipart und Graßmann und für den Freien Angestellten Bund (Afa) Aufhäuser, Urban und Staehr.

Der „Vorwärts“ schrieb am 9. 7. 1922 (Nr. 320), die KPD sei aus der Aktionseinheit ausgeschieden, man habe einen „Trennungsstrich“ gezogen. Bereits am 6. 7. (Nr. 301) hatte „Die Rote Fahne“ begonnen, den Briefwechsel zwischen den Parteiführungen zu veröffentlichen. Vgl. dazu auch: Arnold Reiser, Um die Einheitsfront nach dem Rathenau-Mord, Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost), 5. Jg. (1963), S. 995 ff.; Ders.: Zur Losung der Arbeiterregierung im Jahre 1922, a. a. O., 9. Jg. (1967), S. 1024 ff. Reiser's informative Darstellungen sind sachlich gehalten, auf die hier wiedergegebene Problematik geht er allerdings nur am Rande ein, die hier abgedruckten Dokumente waren ihm nicht bekannt.

¹⁴ Auf dem VII. Parteitag der KPD (22.–26. 8. 1921 in Jena) waren 14 Personen in die Zentrale der KPD gewählt worden: Paul Böttcher, Bertha Braunthal, Hugo Eberlein, Ernst Friesland (Reuter), Fritz Heckert, Edwin Hoernle, Ernst Meyer, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Felix Schmidt, August Thalheimer, Jakob Walcher, Rosi Wolfstein und Clara Zetkin. Ernst Reuter-Friesland schied im Januar 1922 aus der KPD aus, für ihn rückte Wilhelm Koenen in die Zentrale nach. Bericht über die Verhandlungen des 2. [d. i. der VII.] Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin 1922, S. 406; Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin 1923, S. 56 f.; vgl. auch H. Weber, Der deutsche Kommunismus, a. a. O., S. 648.

¹⁵ Samuel Guralski (1885–1960) war seit 1921 Vertreter der Komintern in der KPD-Zentrale. Auf dem VIII. Parteitag 1923 wurde er (unter dem Pseudonym August Kleine) in die Zentrale und später ins Polbüro der KPD gewählt. Nach dem Oktober 1923 einer der Führer der Mittelgruppe, kehrte er 1924 nach Moskau zurück. 1926 Anhänger der Sinowjew-Opposition. Später lange Jahre für die Komintern in Südamerika tätig, während der Stalin-Ära in der Sowjetunion verhaftet, nach neueren Ostberliner Angaben 1960 gestorben.

sition“ um Maslow und Ruth Fischer, die in der Berliner Organisation das Übergewicht hatten. Aus dem Dokument ist ersichtlich, wie die Mehrheit der Zentrale unter dem Druck des Komintern-Vertreter umfiel. Noch aber ließ die innerparteiliche Demokratie in der KPD den Einfluß der Komintern nicht übermächtig werden.

Im Zentral-Ausschuß der Partei¹⁶ stieß Guralski auf Widerstand, und nun wechselten die meisten Zentrale-Mitglieder erneut ihre Position. Die Haltung Meyers – er war auf der Tagung der einzige Referent – wurde mit großer Mehrheit gebilligt¹⁷. Die Interna, die Meyers Brief enthüllt, dürften die aufschlußreichsten Aussagen über die innerparteiliche Situation im Jahre 1922 und die Beziehungen zur Komintern sein.

Vom 5. November bis 5. Dezember 1922 tagte in Moskau und Petrograd der IV. Weltkongreß der Komintern. Ernst Meyer war Delegierter der Konferenz und es kam zwischen ihm, dem Vorsitzenden der KPD, und Grigorij Sinowjew, dem Präsidenten der Komintern, zu einem interessanten Briefwechsel (Dok. 2 und 3).

Auf der Sitzung des Komintern-Kongresses am 12. November hatte sich Sinowjew zur Kritik des „linken“ KPD-Flügels an der Rathenau-Kampagne geäußert, und sich mit Ruth Fischer einverstanden erklärt. Um das EKKI zu rechtfertigen, verlas Sinowjew Auszüge aus einem vertraulichen Schreiben, das er am 18. Juli an die KPD-Führung gerichtet hatte: „Man sollte nicht Republik! Republik! schreien in einer Situation, wie sie bestand. Man sollte vielmehr von der ersten Minute an den Massen ad oculus zeigen, daß das gegenwärtige Deutschland eine Republik ohne Republikaner ist. Man sollte den breiten Arbeitermassen, die sich nicht so viel um die Republik als um ihre ökonomischen Interessen kümmern, in diesem Moment der Aufregung zeigen, daß die bürgerliche Republik nicht nur keine Garantie für die Klasseninteressen des Proletariats ist, sondern umgekehrt in der gegebenen Lage die beste Form der Unterdrückung der Arbeitermassen. Man sollte nicht mit den Sozialdemokraten und der USP. zusammen in ein Horn blasen, die Einheitsfront soll nie, nie, nie die Selbständigkeit unserer Agitation ausschließen . . .“¹⁸

Nachdem Meyer der KPD-Führung in Berlin über die öffentliche Verlesung des vertraulichen Schreibens durch Sinowjew berichtet hatte (vgl. Dok. 3), nahm das deutsche Polbüro am 21. November dazu Stellung. Sinowjew (dem die Protokolle der

¹⁶ Höchstes Organ der KPD war der Parteitag, bis 1925 war zwischen den Parteitagen der Zentral-Ausschuß (ZA) oberste Instanz und zugleich Kontrollorgan der Zentrale (vgl. Anm. 14). Der ZA setzte sich aus Vertretern der 27 KPD-Bezirke zusammen, er wurde vom Parteitag gewählt. Die Sitzung am 25. 7. 1922 war die 4. Tagung des auf dem VII. Parteitag 1921 gewählten ZA, dem 35 Mitglieder und 35 Ersatzmitglieder angehörten. Bericht über den III. (8.) Parteitag . . . a. a. O. (Anm. 14), S. 124f., 127.

¹⁷ Während Ernst Meyer schreibt, daß 5 Gegenstimmen abgegeben wurden (vgl. Dok. 1), hieß es im Bericht der „Roten Fahne“ über die ZA-Tagung, die Resolution sei einstimmig angenommen worden („Die Rote Fahne“ Nr. 333 vom 25. 7. 1922). Auch im Bericht des ZA an den VIII. Parteitag 1923 hieß es: „Die von der Partei aus Anlaß des Rathenauermordes betriebene Kampagne gegen die Konterrevolution war der Anlaß der Sitzung. Von einer Anzahl Genossen wurde Kritik an dem Verhalten der Zentrale geübt, daß sie neben den Verhandlungen mit den Spitzenkörperschaften nicht genügend scharf und schnell genug die eigenen Kampfesparolen der Partei vor die Massen getragen und damit den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern die Versandung der Aktion ermöglicht habe. Diese Kritik wurde aber als unberechtigt zurückgewiesen, und in seiner Resolution, die einstimmig angenommen wurde, bekräftigte der Zentralausschuß, daß die Taktik der Einheitsfront auch in der Rathenaukampagne allgemein richtig angewendet worden ist . . .“ (a. a. O., S. 127).

¹⁸ Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1923, S. 198 (Im Protokoll steht für 18. Juli irrtümlich 18. Juni).

deutschen Parteiführung zugänglich waren) verlangte seinerseits am 1. Dezember von Meyer nähere Auskunft, dieser antwortete noch am gleichen Tage. Dabei spielte die Frage eine Rolle, ob der vertrauliche Brief, mit dem Sinowjew im Juli nach dem Rathenau-Mord in die KPD-Kampagne eingegriffen hatte, seine „persönliche Meinung“, oder aber die Auffassung der Kominternführung enthielt. Der Briefwechsel in Verbindung mit Meyers Brief vom 24. Juli (Dok. 1) läßt erkennen, daß die KPD-Führung unter dem Einfluß Meyers im Juni-Juli 1922 für die Republik und eine Einheitsfront gegen die Rechtsextremisten in Deutschland eintrat, während Sinowjew (und mit ihm die linke Opposition der KPD) diesen Einsatz für die Republik mißbilligte und andere Vorstellungen von der Einheitsfront hatte. Die Diskussionen beleuchten nicht nur den Hintergrund der Rathenau-Kampagne der KPD, sie sind auch charakteristisches Detail der damaligen Beziehungen zwischen KPD und Komintern.

Dokument 1

Ernst Meyer
Mitglied des Preußischen
Landtags
7¹/₂ Uhr morgens

Berlin SW 11
Prinz Albrecht Str. 5
den 24. 7. 22

Liebste, die beiden letzten Tage haben mich so aufgeregt, daß ich gar nicht schlafen kann.

Ich wollte Dir noch gestern Abend schreiben, aber gleich nach dem Anzünden platzte mein Lampenzylinder u. ich mußte sie auslöschten. Dafür schreibe ich Dir ganz früh.

Bis Sonnabendnachmittag ging alles gut. Dann kam Kätes Mann¹⁹, bildete eine kleine Fraktion u. überfiel uns in der Abendbesprechung mit der Androhung einer Parteikrise, falls die Z[entrale] nicht ihre eigene Resolution zurückziehe u. seine zur Grundlage mache. Seine ganze Rede war ein Akt politischer Erpressung schlimmster Art. Er solidarisierte sich ausdrücklich mit Maslows Linken, um den Druck auf uns noch zu verschärfen. Ich geriet in maßlose Wut u. verlangte, daß er auf dem Zentral-Ausschuß ebenso offen rede. Denn wenn die Partei wirklich in Gefahr sei, habe er die Pflicht, in der Öffentlichkeit zu warnen, sonst treibe er ein Verbrechen mit der Partei. Diese offene Kampfansage u. mein Verlangen, seine Erpressung aus engem Zirkel an die Öffentlichkeit zu tragen, machten ihn stutzig und unsicher. Die Z. fiel aber mit Ausnahme von Walcher und Heckert²⁰ um u. schluckte als Basis die Resolution des G.[uralski]

Ich kam um 12 Uhr nach Hause, mußte mein Referat natürlich umarbeiten und hielt es matt und schlecht (nur für Rosa geschrieben) vor dem Zentr.-Ausschuß, (da ich ja doch durch die neue Resolution der Z. gebunden war, obwohl ich mir nichts vergab). Dann sprach Kätes Mann, noch schlechter u. inhaltlich großen Blödsinn²¹.

¹⁹ Mit „Kätes Mann“ ist Gurski-Kleine gemeint (s. Anm. 15). Seine Frau, Käthe Pohl (richtig: Katharina Rabinowitsch, geb. 1892 in Petersburg), spielte seit 1920 in der KPD eine Rolle. 1921/22 war sie Sekretärin des Polbüros. 1923/24 für die Mittelgruppe aktiv, schied sie später aus der Politik aus.

²⁰ Jakob Walcher (geb. 1887), Dreher, seit 1919 Mitglied der KPD-Führung, schied 1924 als „Rechter“ aus, 1928 aus der KPD ausgeschlossen, führend in der KPD. Seit 1946 Mitglied der SED, lebt er in Ostberlin. Fritz Heckert (1884–1936), Maurer, von 1919 bis zu seinem Tode in sowjetischer Emigration Mitglied der KPD-Führung.

²¹ „Die Rote Fahne“ brachte in Nr. 333 vom 25. 7. 1922 einen Bericht über die Sitzung des ZA. In einer Kurzfassung der Rede Meyer hieß es: „Die Auswirkungen der zentralen Ver-

Die Diskussion ergab die zu erwartende Tatsache fast einmütiger Ablehnung der Auffassung von Kätes Mann. Blamiert war nur die Z., deren Vertreter unter dem Druck der Z.-A.-Stimmung nun sämtlich mit Ausnahme Böttchers gegen ihre letzte Resolution sprachen. Pieck²² hat das durch eine plumpe Erklärung – die Z. hatte um eine Parteikrise zu vermeiden, Fehler auf sich genommen, die sie gar nicht begangen – noch unterstrichen. Ich hielt im Schlußwort gepfefferte Abrechnung mit den Kritikern. Ich war so aufgeregt, daß ich auf einen Zwischenruf von Klein (Kätes Mann) mit einem Stuhl auf den Boden stampfte. Meine Angriffe waren so scharf, daß Pieck mir einen Zettel reichte „etwas mäßigen“ und die Angegriffenen ein paar Mal laut aufheulten. Das Resultat war eine klägliche Niederlage Kleins und Maslows. Maslow blieb mit 5 Mann in der Minderheit. Weitere 10 sympathisierten zwar mit ihm bzw. Klein, stimmten aber doch für die End-Resolution, für die die Z. eintrat, u. für die ich auch stimmte, trotzdem sie viel Quatsch, aber ungefährlichen, enthält. Gerade die besten und größten Organisationen, Rheinland, Mittelddeutschland, Sachsen, Württemberg usw. waren auf meiner Seite²³. Die Wut der andern auf mich ist grenzenlos. Ich weiß, daß sie alle Minen springen lassen werden. Aber ich freue mich fast auf den Kampf. Ich werde jede Woche mindestens 3 Tage in der Provinz sein müssen. Also viel Reisen und Arbeit. Aber wir müssen endlich die Gesundung u. Beruhigung der Partei erzwingen.

Es tut mir leid, daß der Kleine sich so unmöglich gemacht hat. Den letzten Anstoß bekam er durch einen an uns gerichteten törichten Brief Sinowjews, der übrigens in der Exekutive allein steht. S. regte eigene Aktionen, mindestens 24stünd. Proteststreiks an! (Dies alles über S. natürlich vertraulich!) . . .

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

handlungen [nach dem Rathenaumord, H. W.] in der Provinz und in Berlin zeigten, daß die Beschlüsse der Zentrale die richtigen waren . . . Dieses Zusammengehen mit den andern unter Wahrung unserer Kritik hat unserer Partei eine äußerst günstige Position verschafft.“

Kleine schloß seine etwas unklaren Ausführungen: „Im ganzen war die Haltung der Zentrale richtig, im ganzen hatte sie eine Linie, die richtigen Parolen wurden herausgegeben, aber die Stimmung war eine falsche.“

²² Paul Böttcher (geb. 1891), Schriftsetzer, von 1921 bis 1923 in der Führung, als „Rechter“ abgesetzt, 1928 ausgeschlossen, führend in der KPO. 1935–1945 Emigration in der Schweiz, nach 1945 in der SED, einige Jahre in der Sowjetunion inhaftiert, lebt in Leipzig. Wilhelm Pieck (1876–1960), Tischler, ab 1919 in der KPD-Führung, 1949 bis zu seinem Tode Präsident der DDR.

²³ „Die Rote Fahne“, Nr. 353 vom 25. 7. 1922 berichtete nur kurz über die Diskussion auf der ZA-Tagung. Der Chefredakteur der „Roten Fahne“ Heinrich (Pseud. von Heinrich Süßkind, 1895–1937, später Kandidat des Polbüro, „Versöhnler“, Opfer der Stalinschen Säuberungen) erklärte: „Neues in dem Sinn, wie es der Gen. Kleine darstellt, ist nicht eingetreten. Wenn wir diesen Quatsch annehmen, dann verlieren wir die Grundlage . . .“ Tittel-Stuttgart (Hans Tittel geb. 1894, später als „Rechter“ ausgeschlossen, KPO, dann SPD, lebt in der Bundesrepublik) sagte: „Es könnte fast scheinen, daß, nachdem wir die Aktion durchgeführt haben, in der keine Fehler gemacht worden sind, man gewaltsam Fehler bei den Haaren herbeizieht, um Unruhe in die Partei zu bringen“. Schreiner-Stuttgart (Albert Schreiner, geb. 1892, später als „Rechter“ ausgeschlossen, KPO, jetzt Mitglied der SED) unterstützte: „Ich glaube nicht, daß es außer dem Genossen Kleine jemanden in der Partei gegeben hat, der die Einheitsfront so falsch aufgefaßt hat.“ Sofort nach der ZA-Sitzung sprach der wichtige Bezirk Rheinland-Westfalen-Süd „der Zentrale der Partei sein Vertrauen aus und lehnt die übertriebene Kritik einzelner Genossen ab“.

24

Dokument 2

An

Moskau, 1. Dezember 1922

den Genossen Ernst Meyer
Kopie an die deutsche Delegation

Werter Genosse!

In dem Protokoll des deutschen Pol-Büro vom 21. November 1922 lese ich:

„Kongreß. Es werden die Berichte des Genossen Meyer verlesen. Man ist der Ansicht, daß drüben nicht alles klappt. Brandler weist darauf hin, daß Genosse Sinowjew auf dem Kongreß einen internen Brief ausgenützt hat. Der Brief wurde nicht als offizielle Meinung der Exekutive, sondern als Sinowjews Privatmeinung geschickt. Der Sachverhalt ist Eberlein²⁴ bekannt.“ Wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte Sie, Genosse Meyer, mir mitteilen zu wollen, was Sie der Zentrale der KPD über diese Angelegenheit mitgeteilt haben.

Nachdem ich Ihre Antwort in dieser Frage erhalten habe, werde ich ausführlich der deutschen Zentrale und der deutschen Delegation Bericht erstatten über den wirklichen Stand der Dinge.

Sie würden mich sehr verpflichten, wenn Sie mir mitteilen, was nach Ihrer Meinung am Kongreß „nicht klappt“ – damit die nötigen Verbesserungen gemacht werden können.

Mit kommunistischem Gruß
G. Zinowiew

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Dokument 3

Moskau, 2. Dezember 1922

Werter Genosse Sinowjew!

Ihre Anfrage, was ich der Zentrale der KPD über den Brief vom 18. Juli geschrieben habe, beantworte ich am besten mit der wörtlichen Abschrift der betreffenden Stelle meines Berichtes:

„Brief der Exekutive. Zu meinem Erstaunen erklärte Sinowjew den Genossen Fischer und Urbahns²⁵, daß sein Schreiben vom 18. Juli von der Zentrale hätte den Genossen bekannt gegeben werden können, trotzdem doch dieses Schreiben als „streng vertraulich“ bezeichnet ist. Sinowjew berief sich weiter in seinem Schlußwort öffentlich auf die in diesem Schreiben enthaltene Stellung der Gesamtexekutive, obgleich in dem Schreiben wiederum ausdrücklich gesagt wird, daß es sich nicht um „formelle Direktiven, sondern vielmehr nur um Anregungen und um Anfragen handele, um der Exekutive selbst klarer zu machen“. Einzelne Genossen der Delegation suchten trotzdem die Behauptung aufzustellen, daß die Zentrale den Brief unterschlagen habe. Wir werden jetzt den Brief in der nächsten Delegationssitzung in vollem Wortlaut verlesen.“

Dasselbe habe ich Ihnen Mitte November mündlich erklärt.

In einem Schreiben Brandlers an die Zentrale vom 18. Juli heißt es:

„Es wurde (im Präsidium) beschlossen, einen Aufruf zu erlassen, und einen

²⁴ Hugo Eberlein (1887–1940), Techn. Zeichner, Mitbegründer der KPD, Delegierter des Gründungskongresses der Komintern, bis 1929 Mitglied der KPD-Spitzenführung, dann als „Versöhnler“ abgesetzt. Eberlein wurde ein Opfer der Stalinschen Säuberungen.

²⁵ Hugo Urbahns (1890–1946) Lehrer, Führer der Hamburger KP und der linken Opposition, 1925 Mitglied des ZK, 1926 als „Ultralinken“ ausgeschlossen, leitete bis 1933 den linkskommunistischen „Leninbund“, starb in Schweden.

Brief an die Zentrale zu schreiben, worin Sinowjew seine Meinung zur Lage schildern soll.“

Auch in einem weiteren Brief Brandlers vom 22. Juli wird ausdrücklich von „dem Brief von Sinowjew“ gesprochen. Ich erfuhr erst gestern durch die Genossen Zetkin²⁶ und Eberlein, daß Ihr Brief vom 18. Juli laut Beschluß des Präsidiums noch zwei anderen Genossen vorgelegt werden sollte. Brandler, einer der beiden mit der Durchsicht beauftragten Genossen, betrachtet offenbar noch heute den Brief vom 18. Juli als Ihre Privatmeinung, was aus dem von Ihnen zitierten Protokoll des Pol-Büros vom 21. November hervorgeht.

Sie fragen mich weiter, was nach meiner Meinung am Kongresse nicht klappt. „Man ist der Ansicht, daß drüben nicht alles klappt“ – heißt doch nicht, daß ich dieser Ansicht bin. Wenn ich über die Debatten in der deutschen Delegation berichtet habe, so ist das sicher nicht der Punkt, an dem Sie Anstoß genommen haben. Und was ich sonst zu sagen hatte, das habe ich öffentlich gesagt.

Ich ersuche Sie, von meinem Briefe allen Genossen Kenntnis zu geben, denen Sie Ihren Brief sandten.

Mit kommunistischem Gruß

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Ernst Meyer

Zu den Dokumenten 4 und 5

Seit dem VIII. Parteitag der KPD im Januar 1923 war der erbitterte Gegensatz zwischen zwei Flügeln der Partei unüberbrückbar geworden: der von Brandler und Thalheimer geführten „rechten“ Parteileitung einerseits und der linken Opposition andererseits, die von Ruth Fischer, Maslow, Schlecht, Rosenberg und Scholem, den Führern des Berliner Bezirks, sowie von Thälmann, dem Hamburger Parteiführer, geleitet wurde²⁷. Im Verlauf der Kontroverse nach dem Oktober 1923 trennte sich die Mehrheit der „rechten“ Führung von Brandler, sie bildete die „Mittelgruppe“. Die Brandler-Fraktion verlor durch die Linkswendung der Parteiorganisation ihren Einfluß, im Januar 1924 entzog ihr auch die Komintern das Vertrauen. Mit deren Unterstützung trat die Mittelgruppe an die Spitze der KPD. Die Abstimmungen auf den Bezirksparteitagen im Frühjahr 1924 zeigten jedoch, daß nunmehr die Parteilinke die Mehrheit in der KPD besaß. Vor dem IX. Parteitag (April 1924) kam es zwischen der Kominternführung in Moskau und den verschiedenen Gruppen der KPD zu einem hektischen „Notenaustausch“. Eines der wichtigsten Dokumente über das Verhältnis zwischen Komintern und KPD ist ein Brief von Max Levien²⁸ an Maslow (Dok. 5). Levien's Bericht macht deutlich, wie die Fraktionskämpfe in Rußland

²⁶ Clara Zetkin (1857–1933), Lehrerin, bis 1914 führend in der Sozialistischen Internationale, Mitbegründerin der KPD, Mitglied der Führungsgremien bis zu ihrem Tod in Moskau.

²⁷ Ruth Fischer, Maslow und Thälmann, vgl. Anm. 11 und 12. Paul Schlecht (1882–1950), Berliner Metallarbeiter, 1924 Mitglied der KPD-Führung, 1926 ausgeschlossen. Arthur Rosenberg (1889–1943), Professor in Berlin, 1924/25 Mitglied der Parteiführung, 1927 aus der KPD ausgetreten, starb in den USA. Seine Bücher über Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Geschichte des Bolschewismus usw. wurden nach 1945 neu aufgelegt. Werner Scholem (1895–1940), 1924/25 Mitglied der KPD-Führung, 1926 ausgeschlossen, er wurde am 17. 7. 1940 im KZ Buchenwald ermordet.

²⁸ Max Levien (1885–1937), Dr. phil., 1919 einer der Führer der Münchener Räterepublik, floh nach Moskau und war im Komintern-Apparat aktiv. Levien war eng mit Maslow verbunden, seitdem Maslow von September 1923 bis Januar 1924 in einer Art „Verbannung“ in Moskau lebte. Levien wurde später ein Opfer der Stalinschen Säuberungen.

zwischen Sinowjew, Kamenew und Stalin einerseits und Trotzki andererseits auch die Haltung der Komintern in Deutschland beeinflussen.

In den Reihen der KPD-Linken verstärkten sich im Frühjahr 1924 „ultralinke“ Tendenzen, es wurde zum Austritt aus den Gewerkschaften aufgerufen und auch die leninistischen Organisationsvorstellungen kritisiert. Auf dem Bezirksparteitag der Berliner KPD hatte sich Samosch (Pseud. von Samosch Muschinski, einem jungen Russen, der auf dem äußersten linken Flügel der KPD stand) für Rosa Luxemburgs Organisationsauffassungen eingesetzt, ähnlich hatte Arthur Rosenberg schon vorher argumentiert²⁹. In „Der rote Kurier“, dem Organ der Leipziger KPD, das von Ultralinken beherrscht wurde, hatte man die Kominternführung direkt und indirekt angegriffen. Die Warnungen Sinowjews an Maslow und Ruth Fischer (Dok. 4) vor einer ultralinken Politik in der Gewerkschaftsfrage usw. wurden ergänzt durch den Versuch, einen Keil in die linke Führung zu treiben.

Gleichzeitig mit dem Brief an Maslow und Ruth Fischer hatte Sinowjew einen zweiten (auch von Bucharin unterschriebenen) Brief an die „proletarischen Führer“ Thälmann und Schlecht abgesandt. Die Kominternführer betonten in diesem Schreiben³⁰ zwar, sie seien nicht für das „Appellieren an die schwierige Faust der Proletarier gegen die linken intellektuellen Führer“. Das ist wenig überzeugend, wäre doch dann der zweite gesonderte Brief überflüssig gewesen. Im Frühjahr 1924 stand die Komintern der linken Führung eben skeptisch gegenüber, wie die Linke ihrerseits der Komintern mißtraute, weil diese die Mittelgruppe favorisierte hatte. Die Vermittlerdienste von Levien konnten dieses gegenseitige Mißtrauen noch nicht durchbrechen. Auf dem IX. Parteitag der KPD im April 1924 übernahmen die Linken die Parteiführung. Jetzt erfolgte eine Annäherung an die Komintern und auf dem V. Weltkongreß der Komintern (Juni/Juli 1924) endeten die Differenzen zwischen der KPD-Linken und der Kominternführung zunächst, die deutschen Linken schlossen sich eng an Sinowjew an.

Die beiden abgedruckten Briefe (Dok. 4 und 5) waren der Polizei in die Hände gefallen, als ein Kurier der KPD, aus Berlin kommend in Frankfurt (Main) verhaftet wurde. Der Kurier sollte den bereits Anfang April 1924 zum IX. Parteitag nach Frankfurt abgereisten Ruth Fischer und Maslow die Post aus Moskau nachbringen. Die Briefe wurden im September 1925 beim Prozeß gegen Maslow vor dem Reichsgericht verlesen, aber bisher nie vollständig veröffentlicht, obwohl sie zu den interessantesten internen Dokumenten der KPD gehören³¹.

²⁹ „Die Rote Fahne“ Nr. 21 vom 25. 3. und Nr. 22 vom 26. 3. 1925; vgl. auch „Internationale Pressekorrespondenz“, Nr. 55 vom 16. 5. 1924.

³⁰ Eine Abschrift des Briefes von Sinowjew und Bucharin an Thälmann und Schlecht befindet sich im Bundearchiv Koblenz (R 43 I/2671 Reichskanzlei, Akten betr. Komm. Partei, Bd. 7, L 483200-02), der Brief wird abgedruckt in: Weber, Wandlungen des deutschen Kommunismus, a. a. O. (Anm. 8).

³¹ Aus den Briefen geht hervor, daß Ruth Fischers Version (Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 485) nicht richtig ist. Sie schrieb von Briefen Sinowjews und Stalins an die deutschen Linken und behauptete, beide hätten gegeneinander im Fraktionskampf gestanden und Hilfe bei den deutschen Linken gesucht. Tatsächlich wollten beide gemeinsam (und zusammen mit Bucharin) die deutschen Linken gegen Trotzki gewinnen. Ruth Fischer hatte den Streit zwischen Sinowjew und Stalin zeitlich vorverlegt, offenbar um ihre eigene Haltung 1924 zu rechtfertigen.

Abschrift

Dokument 4

An die Genossen

Arkadij Maslow und Ruth Fischer

Teure Genossen!

Ihr werdet mit unseren Delegierten alle Dinge genügend gründlich besprechen können. Außerdem bat ich den Gen. Thälmann, Euch mit unserem (meinem und des Gen. Bucharin) an ihn gerichteten Brief bekannt zu machen.

Diesmal nur noch ein paar Worte, um Mißverständnissen vorzubeugen.

Aus einem Gespräch mit dem Gen. Max Levien, der mit Euch einen freundschaftlichen Briefwechsel unterhält, ist mir manches klar geworden, was ich bisher nicht verstand.

Es scheint, daß bei Euch eine Stimmung entstanden ist, als hätten wir hier den Klagen der „Mittelgruppe“ nachgegeben, als schwankten wir, ob wir mit Euch gemeinsam die Verantwortung für die neue Führung der KPD teilen sollen, als brächten wir Euch nicht das nötige Vertrauen entgegen oder als hüllten wir uns in die Toga unfehlbarer Schulmeister, die ihre Neulinge einem strengen Examen unterwürfen. All das ist Unsinn. In Wirklichkeit gibt es nichts dergleichen. Wir sind vollauf bereit, gemeinsam mit Euch die volle Verantwortung für den Gang der Dinge in der KPD beim Vorhandensein einer linken Mehrheit zu tragen, sind bereit, der kommenden linken Zentrale volle Unterstützung angedeihen zu lassen. Wir wissen, wie groß die Schwierigkeiten sind, und sind daher durchaus nicht geneigt, über kleinliche Dinge und geringfügige Fehler herzufallen. Wir sind keineswegs begeistert von der „Mittelgruppe“ und beabsichtigen auch durchaus nicht, den Fraktionskampf innerhalb der KPD zu verewigen. Begreift doch, daß, wenn sich unserer eine gewisse Unruhe bemächtigt, das die Folge dessen war, daß hierfür eine Reihe ernster Tatsachen vorlagen.

Ich will Euch ganz offen sagen, daß ich mich *schämte*, dem Polit-Büro der KP Rußlands³² zu erzählen, in einer so grundlegenden Frage, wie die Gewerkschaftsfrage, seien bei Euch kaum 5–6 Wochen, nachdem wir in dieser Frage in Moskau eine Resolution angenommen hatten, neue Beschlüsse gefaßt worden³³. Das ist doch schon keine Kleinigkeit mehr, sondern eine Kardinalfrage der Bewegung. Die Gewerkschaftsfrage ist eine entscheidende Frage. Sollte jemand bei Euch glauben, man könne sich in aller Eile einen „neuen Typus“ der proletarischen Massenorganisation ausdenken, so beginge er damit den größten Fehler. Die Gewerkschaften sind keine Erfindung, weder die Graßmanns, noch Dißmanns. Die Gewerkschaften sind die historisch gegebene Form der proletarischen Massenorganisation für die Dauer einer ganzen Epoche. Man muß unterscheiden, zwischen der Rolle der Gewerkschaften *vor der Revolution*, *während der Revolution* und *nach der Revolution*. In diesem Punkte darf man sich nicht von KAPD-Stimmungen³⁴ beeinflussen lassen, da das den *Untergang der Partei* bedeuten würde.

³² In der Abschrift steht irrtümlich „KPD“.

³³ Auf der Beratung des EKKI-Präsidiums mit Vertretern der KPD im Januar 1924 in Moskau war beschlossen worden, die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften zu verstärken. Im März 1924 verlangte aber der Bezirksparteitag Westsachsen, der ganz von den Linken beherrscht wurde, für Mai einen Kongreß der ausgeschlossenen und revolutionären Gewerkschafter, der ein „Gerippe“ von Industrieverbänden schaffen sollte („Die Rote Fahne“ Nr. 14 vom 18. 3. 1924).

³⁴ Die KAPD (Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands) war eine „ultralinke“ Abspaltung der KPD. Die im April 1920 gegründete KAPD lehnte den Bolschewismus ebenso ab wie die herkömmlichen Gewerkschaften. Sie forderte „Industrieverbände“ und zeitweise „Einheitsorganisationen“ anstelle von Parteien und Gewerkschaften.

Überlegt doch einmal: wenn man in der Gewerkschaftsfrage der „neuen Taktik“ nachgibt, in Organisationsfragen an die in dieser Hinsicht menschwistische Tradition Rosa Luxemburgs appelliert, Beschlüsse gegen die Einheitsfronttaktik als solche faßt, falsche Töne gegenüber Sowjetrußland (vgl. „Der Rote Kurier“) anschlägt, über eine sogenannte „Krise“ der KI spektakelt, – wodurch unterscheidet man sich dann von der KAPD?

Tröstet Euch nicht damit, die Ultra-„Linke“ repräsentiere zur Zeit keine ernst zu nehmende Kraft, all das seien einfach Übertreibungen nicht besonders ernster Leute. Nein, so liegen die Dinge nicht. In der gegenwärtigen deutschen Situation sind objektiv jene Gefahren enthalten, die Lenin als „linkes Liquidatorentum“ bezeichnete. Entschließt Ihr Euch nicht, offen diesem linken Liquidatorentum entgegenzutreten, so werdet ihr selbst zu dessen Gefangenen werden.

Das gerade war es, was uns Alarm schlagen ließ.

Ihr habt uns sehr ausführlich über die kleinen Machinationen berichtet, die Euch zufolge der eine oder andere Vertreter der Mittelgruppe begangen haben soll. All das ist aber reiner Mumpitz verglichen mit der grundlegendsten prinzipiellen Frage, ob Ihr dem „linken Liquidatorentum“ irgend welche ideellen Konzessionen machen werdet. Wenn ja, so werden wir, ungeachtet all unseres Widerwillens gegen eine Erschwerung Eurer Arbeit, dennoch genötigt sein, gegen Euch offen zu polemisieren und zu kämpfen. – Wenn nicht, wenn Eure prinzipielle Haltung sich sowohl gegen *rechtes* wie *linkes* (wie es bei Lenin in analoger Lage der Fall war) Liquidatorentum richten wird, so gibt es unter uns keinerlei Differenzen.

Wir alle harren hier mit Ungeduld der Entscheidungen Eures Parteitages. Eure Gegner, wie Radek und Co.⁹⁵, spekulieren zweifellos darauf, daß Ihr irgend welche ernstesten Fehler begeht, um sich dann vor allem vor der öffentlichen Meinung der russischen Kommunisten zu revanchieren. Wir hingegen sind fest überzeugt, daß es unserer Delegation gelingen wird, in allen wichtigsten Fragen mit Euch zu einem Einvernehmen zu gelangen und wir in Deutschland, wie in der gesamten KI durch- aus einmütig vorgehen werden.

Schreibt, was Ihr von all dem haltet.

Mit aufrichtigem Gruß
G. Sinowjew

Moskau, 31. 3. 24

P. S. Ich bin mir nicht ganz klar darüber, inwieweit Rosenberg und Scholem auf ihren ultra-„linken“ Fehlern beharren werden. Wir wünschten, sie täten es nicht. Dann wäre auch mit ihnen ein kameradschaftliches Zusammenarbeiten durchaus möglich.

Bundesarchiv Koblenz R 43 I/2671

Reichskanzlei.

Akten betr. Kommunistische Partei, Spartakus,

Bolschewismus. Bd. 7 (1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1924)

L. 483182-84

⁹⁵ Karl Radek (1885–1939), einer der Führer der Bolschewiki und der Komintern, hatte bis 1923 maßgebend die Politik der KPD unter Brandler bestimmt. Radek war im russischen Fraktionskampf Anhänger Trozki und da er in Deutschland die Rechten um Brandler verteidigte, waren die deutschen Linken Gegner Radeks und Trozki.

Dokument 5

Abschrift

Nicht auf diesen Brief berufen,
außer Deinen nächsten Freunden.

Ganz vertraulich.

Mat. [d. i. Max Levien]

Lieber Max!⁹⁶

Habe Dir ungeheuer viel zu sagen, verzichte jedoch auf vieles, nicht, weil ich den Spruch wahr machen will, wonach sich der Meister in der Beschränkung zeigt, sondern einfach, weil ich närrisch überladen bin. Die letzte Sitzung des Präsidiums hat mir neue verantwortungsvolle Arbeiten für den 5. Kongreß neben meinen übrigen laufenden Arbeiten aufgesteckt. Übrigens ist auf dieser Sitzung auch schon die allgemeine Tagesordnung für den 5. Kongreß festgelegt worden. Darüber ein andermal Näheres⁹⁷.

Heute nur das Wichtigste.

Vor allem: Meine offizielle Vertretung Eurer politischen Interessen ist in eine neue Phase eingetreten. Das geschah so: am 26. 3. wurde ich plötzlich telefonisch zu Grisca [Sinowjew] gebeten. Grisca schlägt mir einen Spaziergang im Kreml vor. Akzeptiere. Unterhalten uns eine Stunde. G. erklärt mir, er betrachte mich als Euren Vertrauensmann und wünsche daher a) mit mir offen über allerlei ernste Dinge zu sprechen, b) Euch durch mich über das momentane Verhältnis des Polit-Büro der KPR zu Euch zu orientieren. Näheres über das Gespräch weiter unten. G. bat mich, ihn laufend zu informieren, und sei auch bereit, seinerseits mich zu informieren. Das tut er auch. Am nächsten Tage erhielt ich seinen unveröffentlichten Artikel gegen die Dummheiten in der Linken (den Artikel hat er der Delegation mitgegeben, mit dem Auftrag, ihn, wenn vor dem Parteitag inopportuno, nicht zu veröffentlichen). Das für Dich wichtig zu wissen, weil daraus der Versuch G's spricht, Euch nicht neue Schwierigkeiten zu bereiten. Du kannst also ruhig von der Delegation fordern, daß Dir der Artikel vor evtl. Drucklegung gezeigt wird. Du hast wohl kein Vetorecht, aber bestimmt das Recht der Einsicht. Übrigens wirst Du ihn wohl schon jetzt kennengelernt haben, ferner die beiden Briefe der Exekutive an Euern Parteitag⁹⁸, die ich notabene für zu scharf pointiert halte, im Großen und Ganzen aber billige, wie ich im Großen und Ganzen überhaupt G's Standpunkt billige. (Ich habe diese Briefe für den Parteitag dann übersetzt.) Gestern erhielt ich weiter die beiliegenden Briefe an Dich – Ruth und Thälmann – Schlecht mit der Bitte, sie zu übersetzen und an Euch weiterzubefördern.

⁹⁶ Arkadij Maslow (vgl. Anm. 11) wurde damals in deutschen Parteikreisen auch Max Maslow genannt.

⁹⁷ Der V. Weltkongreß der Komintern tagte vom 17. 6. bis 8. 7. 1924 in Moskau. Das EKKI teilte der KPD-Zentrale mit Schreiben Nr. 1412 am 1. 4. die Tagesordnung mit. Für die Anarbeitung eines Programmentwurfs werden in diesem Schreiben, Zetkin, Thalheimer, Maslow und Ruth Fischer genannt. (Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei, R 43 I/2671, L. 483189.) Auf dem V. Weltkongreß kam es zur Aussöhnung und Verständigung zwischen Sinowjew und der KPD-Führung Fischer-Maslow.

⁹⁸ Beide von Sinowjew unterschriebenen Briefe wurden dem IX. Parteitag der KPD im April 1924 überbracht. Der erste, als „offizielles Dokument des EKKI“ bezeichnete Brief beschäftigte sich mit der Taktik der KPD, vor allem der Gewerkschaftsfrage. Der zweite, nur als „Artikel Sinowjews“ genannte Brief ging auf die innerparteiliche Situation ein. Der Brief rief bei den Delegierten des Parteitags Entrüstung hervor, weil Sinowjew die „ausgezeichnet revolutionären“ Arbeiter den Intellektuellen gegenüberstellte (Einzelheiten vgl. in meinem Buch: Die Wandlungen des deutschen Kommunismus, a. a. O., Anm. 8).

Soeben erhielt ich Deinen Alarmbrief an Grisca vom 25. 3. Ich habe ihn nebst einem ausführlichen Begleitschreiben unverzüglich an G. weitergegeben. Eine charakteristische Kleinigkeit: Trotzdem G. sehr überladen ist (es tagt seit gestern das Plenum des ZK) sandte er doch sofort noch nachts persönlich seinen Sekretär zu mir, um Deinen Brief einzuholen, ein Beweis dafür, mit wie gespanntem Interesse er *alles* verfolgt, was bei Euch vorgeht, aber auch dafür, welchen Wert er gerade Deinen Mitteilungen beimißt. Ich gab dem Sekretär gleichzeitig die ebenfalls vor zwei Stunden eingetroffenen Nummern der „Roten Fahne“ mit den Berichten über den Berliner Bezirksparteitag und „Der Funke“ Nr. 2 mit (a propos: Der Bericht der Roten Fahne ist nicht bloß „frisiert“, wie Du G. schreibst, sondern glattweg abscheulich³⁹). Alle wichtigen Stellen, für Euch günstige wie ungünstige, habe ich durch Blaustift vermerkt.

Dein Brief vom 18. 3. wurde von mir übersetzt und Kamenew und Stalin gesandt, nicht aber Tomski, der in London ist.

Ich schreibe Dir alle diese Details, damit Du siehst, daß ich erstens alle Deine Aufträge ausführe, zweitens sie gewissenhaft ausführe und drittens Du bei irgend einer Verzögerung mir meine Arbeitsüberlastung zugute hältst.

Nun zur Sache, doch vorher noch eine Bitte: Ich bedarf *schnellerer und reichlicherer* Information. Dein Brief ist datiert 25. 3., ich erhalte ihn aber erst heute, 1. 4.! Ferner muß ich mehr Material für G. und mich selbst haben. Schicke auch den „Roten Kurier“. Schnellste Nachricht über Parteitag, wenn möglich über jede Sitzung und telegraphisch. G. fiebert tatsächlich vor Ungeduld.

Einige Worte noch zu den beiden Briefen der Exekutive an Euren Parteitag. Sie wurden 30. 3. im Präsidium en-bloc angenommen. In dieser Sitzung sagte übrigens G., Schlecht habe dem oben erwähnten unveröffentlichten Artikel über Eure Fehler (richtiger die Fehler der Ultra-„linken“ akademischen Hanswürste) „im allgemeinen“ zugestimmt, und sei „nur gegen die Veröffentlichung“ des Artikels gewesen⁴⁰.

Nun aber zum eigentlichen Stoff.

Mein Bester, *täusche Dich ja nicht!* Die Dinge liegen *sehr ernst*. G. ist Euch wirklich und ganz aufrichtig herzlich gesinnt, aber natürlich nicht als sentimentaler Spießler, sondern als revolutionärer Führer, der für Euch vor der RKP verantwortlich ist, d. h. also er liebt Euch *cum grano salis*. Dieses *cum grano salis* mußt Du verstehen. Ich kann mir kein freundschaftlicheres Verhältnis zu Euch denken als seines und habe den Eindruck, daß es sich durch nichts von dem unterscheidet, das *ich* Euch gegenüber hege. Das müßt Ihr zu *allererst* kapieren, sonst kommt Ihr nicht vom Fleck!

G's Gespräch mit mir begann damit, daß er mir mitteilte, er wolle mich über das Verhältnis des Polit-Büro (das dreimal Eure Fragen behandelt hat) zu Euch orientieren, damit Ihr Euch klar seid, über das Terrain, auf dem Ihr manövriert. Ich unterbrach ihn, und sagte ihm, ich wüßte genau, daß er sich um Euch sehr *sorge* (*sorge* ist der einzig richtige Ausdruck; man muß ihn dazu jetzt beobachtet haben), wüßte auch, daß diese *Sorge* ein dreifache sei: 1) für die KPD, 2) die KI und 3) um die Position der Leninisten, also des russischen ZK auf dem bevorstehenden Parteitag der KPR. Ich sagte ihm ganz offen: „Sie wollen und müssen natürlich dem KPR-Parteitag in der deutschen Frage mit Erfolgen aufwarten, denn das ist der letzte Rettungsanker der Trotzki'schen und Radek'isten, die jetzt natürlich die Ohren spitzen und sich diebisch über jeden Unsinn eines Rosenberg und Co. die Hände reiben werden.“

³⁹ Die ausführlichen Berichte über den Berliner Bezirksparteitag sind in „Die Rote Fahne“ Nr. 21 und 22 vom 25. und 26. 3. 1924 abgedruckt. „Der Funke“ war das Berliner Funktionärorgan.

⁴⁰ Vgl. Anm. 38; Paul Schlecht (vgl. Anm. 27) war damals Vertreter der KPD beim EKKI.

Sie kämpfen also hierbei um Ihre, der Zentrale Stellung gegen die Querulanten der Trotzki-Radek-Opposition.“ G. gab das offen zu. Weiter sagte ich ihm, ich sei ebenfalls besorgt um Euch, weil ich Tendenzen sehe, die Euch gefährlich werden können. Ferner sagte ich ihm, „Ich weiß, daß Sie diesen Artikel zur Warnung Maslows und Ruths vor den „Ultralinken“ geschrieben haben, kenne ihn aber nur vom Hörensagen, und sage Ihnen offen, daß ich eine Veröffentlichung desselben *gegenwärtig* für einen großen Fehler halten würde. Waschen Sie Maslow und Ruth ordentlich nach Lenin-scher Art den Kopf, sie sind keine alten Weiber und zu klug, um nicht zu lernen, und ihre Mängel einzusehen – aber um Himmelswillen nicht jetzt *vor* dem Parteitage, wo sie eine ordentliche Mohrenwäsche nicht machen können und auch nicht *dürfen*, es sei denn, sie wären verrückt. Sie stehen in hartem Kampf gegen den Sumpf der Mitte und da heißt es zunächst einmal mit diesem Feinde fertig werden. Das ist elementare Strategie.“ Ich zeigte ihm die Stellen in Deinem Brief an mich, wo Du schreibst, daß Ihr bei de muros [sic!] den Scholomiten und Varietäten dieser Spezies „die Hosen straff zieht“. G. schüttelte seine Locken und meinte: „Sehr schön. Ich glaube Ihnen, daß Maslow diese Schweinerei nicht haben will. Aber nützt die private Zurechtweisung, wenn diese Leute am nächsten Tage öffentlich denselben Blödsinn wiederholen.“ Ich antwortete, daß das wohl ein Beweis dafür sei, daß erstens der Kampf gegen diese Elemente eben sehr schwer sei, zweitens der Unsinn der Ultra-„Linken“ eben nicht bloßen Zufällen entspringe, sondern eine bestimmte Tendenz darstelle und drittens Maslow und Ruth eben noch nicht energisch genug zupacken – aber auf keinen Fall sei das ein Grund zu fordern, nun *öffentlich*, zum Gaudium des Zentrums mit seinen verkappten Brandlerianern, den Kampf am Vorabend des Parteitages aufzunehmen. Er stimmte dem dann zu und sagte: „Ich war auch nicht ganz sicher, ob ich meinen Artikel jetzt veröffentlichen soll und habe ihn darum vorläufig *nicht* veröffentlicht, um Maslow und Ruth nicht zu erschweren. Ich habe ihn unserer Delegation zum Parteitag mitgegeben, damit sie an Ort und Stelle nach Rücksprache mit den deutschen Genossen entscheide, ob man ihn jetzt so veröffentlichen soll oder nicht.“ Und er fuhr fort: „Bitte teilen Sie Maslow und Ruth mit, daß die Lage sehr ernst ist, daß, wenn in der Gewerkschaftsfrage und Einheitsfrontpolitik *überhaupt* weiter wie bisher operiert wird, wir, so ungeheuer schwer, den Kampf aufnehmen müssen. Wir werden den Leninismus auch auf dieser Linie verteidigen. Wir wissen auch, was das bedeutet. Wir wissen, daß das vielleicht eine Katastrophe für die Partei sein wird, aber da läßt sich nichts machen, da die andere Bahn viel schlimmer ist.“ Daneben betonte er mehrmals seine Geringschätzung gegenüber der Mitte, die „charakterlos“ und als Richtung „nichts“ sei und bemerkte: „Ich verstehe das Mißtrauen M's [Maslows] und R's [Ruth Fischers] nicht. Wenn wir uns nicht auf sie stützen wollen, so frage ich: Auf wen denn sonst? Es gibt ja sonst überhaupt nichts, worauf wir uns stützen könnten. Wir können uns nur auf die Linke stützen. Aber wir müssen darauf sehen, was innerhalb der Linken selbst vorgeht. Das Verhalten Scholems, Rosenbergs, Samoschs und anderer ist doch Wasser auf die Mühle Brandlers und Radeks. Radek hausiert hier schon mit allerhand Geschichten über die Linke, die uns und Euch diskreditieren sollen. Also bitte, schreiben Sie ihnen, daß es sich hier um *sehr ernste* Dinge handelt.“ Zum Schluß betonte er, er denke nicht im Entferntesten daran, in Panik zu verfallen, sondern sehe nur und spreche nur von Gefahren, die sich bereits angekündigt hätten.

So viel über dieses Gespräch, von dem ich nur das Wichtigste in aller Eile erwähne. Er war mit mir in allen Punkten einverstanden und aus dem beiliegenden Brief wirst Du ersehen, daß „meine“ „Bearbeitung“ seiner bisherigen Auffassung nicht fruchtlos war. Vieles erklärt sich aus der Tatsache, daß er eben bisher von keiner Seite richtig informiert wurde. Da er sieht, daß ich Dich und Ruth durchaus nüch-

tern einschätze und dem Grundsatz huldige: *amicus Plato sed magis veritas*, zudem kein Neubolschewist bin, so hegt er volles Vertrauen zu mir. Unser Verhältnis ist das denkbar beste. Merk Dir das.

Noch etwas: G. sagte mir, Ihr hättet auch der zweiten Aufforderung zu kommen, nicht Folge geleistet, und er finde das ganz verständlich, da „Ihr Euch wirklich in einer sehr schweren Lage jetzt befindet und einen Haufen Arbeit habt, sodaß es ganz natürlich ist, daß Ihr Euch geweigert habt, zu kommen.“ Das gebe ich wörtlich wieder. Also, denkt ja nicht, ihn hätte Eure Weigerung auch nur im Geringsten verschnupft. Keine Spur! Er sagte das ohne geringste Enttäuschung, als wäre es das Natürlichste von der Welt.

Nun bekomme ich heute eine kurze Notiz vom 22. 3. von Ruth und Dir, in der es heißt, der Brief des EK habe „eine neue Krise heraufbeschworen“. Jedenfalls „sei die Lage dadurch katastrophal verschlechtert“ worden usw. Nun, dieser Punkt ist ja jetzt zu Eurem Gunsten entschieden, und ich wiederhole, für G. ist die Bedeutung Eurer Weigerung zu kommen, gleich null.

Nun noch meine Meinung: Ich sehe die Gefahr für Euch, Dich, Ruth, Thälmann, König usw. nicht wie G. von seiten der Scholomiten (übrigens habe ich Scholem doch schon hier richtig eingeschätzt, Dir das hier gesagt und dabei bleibe ich), mit denen werdet Ihr schon fertig werden, denn Ihr seid erstensmal hundertmal gescheiter und politisch durchgebildeter als diese Akademiker (Hoernle teilte mir mit, daß sich in Thüringen Korsch⁴¹ speziell als Euer orthodoxer Anhänger gebärde. Da paßt aber auf!), zweitens hundertmal charakterfester und drittens hundertmal besser mit den Massen verbunden als diese Menschen.

Nein, ich sehe die Gefahr bei Euch selbst und zwar 1.) in dem Durcheinander, das bei Euch in bezug auf Terminologie und Analyse der Einheitsfronttaktik überhaupt, d. h. der *allgemeinen* Linie des 3. und 4. Weltkongreß herrscht (Ich erinnere mich besonders an Dich, bester Max, an Deinen Ausspruch, Lenins „Radikalismus als Kinderkrankheit“, sei das schwächste und schädlichste Buch Lenins gewesen, wogegen ich sofort protestierte. Dies Büchlein ist eine wahre Goldgrube gerade für Euch jetzt, ein wahres Vademecum revolutionärer Taktik). Nirgends auch nur ein spezieller gründlicher Artikel von Dir oder Ruth mit *sorgfältigen* Beweisen, daß die Taktik überhaupt falsch gewesen sei (vgl. Ruth Fischer „Zur Lage in Deutschland und zur Taktik der Partei“ in „Die Internationale“ vom Januar 1924, ferner die Rede Ruths auf dem 4. Weltkongreß, Dein Artikel in der „KI“⁴², nirgends eine sorgfältige Analyse der Einheitsfronttaktik, wie sie nach Eurer Auffassung für die KI im allgemeinen in Anpassung an konkrete Verhältnisse in Indien, Japan, England, Deutschland usw. zu sein hätte). Wenn Ihr noch nicht erblindet seid und ich sehe wahrhaftig nicht die geringsten Anzeichen dafür – so werdet Ihr sagen müssen, daß, a) die Einheitsfronttaktik in Deutschland in *entscheidenden* Momenten in 80 % der Fälle opportunistisch durchgeführt wurde, weil die Zentrale jede Taktik opportunistisch machte und machen mußte. Bei Euch kommt die Sache ganz idealistisch heraus: weil man eine schlechte Taktik *vorschrieb*, waren Brandler und Co. schlecht. Nee, meine Besten, so hat Marx den Satz von der Bestimmung des Bewußtseins durch das soziale Sein wahrhaftig

⁴¹ Edwin Hoernle (1883–1952), ursprünglich Pfarrer, war Mitbegründer der KPD und ihr Agrarspezialist, nach 1945 auch für die SED auf dem Agrargebiet tätig. Karl Korsch (1886–1961), Professor, 1923 für die KPD Minister in Thüringen, 1926 als Ultralinkler ausgeschlossen, bedeutender Theoretiker des Marxismus, starb in den USA.

⁴² Auf dem IV. Weltkongreß der Komintern (November–Dezember 1922) sprach Ruth Fischer für die linke Opposition. Die Rede ist abgedruckt im Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 5. 11.–5. 12. 1922, Hamburg 1923, S. 80ff. Der Artikel Maslows ließ sich nicht ermitteln.

nicht gemeint, b) sie gewisse gute Seiten hat und *unbedingt haben muß* und die KI ohne sie heute ein Häuflein Unglück wäre.

2) In der Generalisierung der Krisen der Sektionen zu einer revisionistischen Generalkrise. Revolutionäre Parteien leben und gedeihen in Krisen, dauernden Krisen, je nachdem stärkeren oder schwächeren. Nur Revisionisten stellen sich die Dinge anders vor, nach denen die Bewegung alles, das Ziel nichts ist und man allmählich in den sozialistischen Staat hineinrutscht. Nur eine Partei des „Schwanzlerturns“ (Leninscher Ausdruck)⁴³, des Opportunismus, eine Partei, die nicht *führt*, sondern mit dem Strom schwimmt, kennt keine eigentlichen Krisen. Die Geschichte der KPR von der Periode der ersten „Iskra“ bis zum Oktober 1917 ist eine Kette von Krisen. Es ist purer Unsinn, von einer allgemeinen Krise der KI zu reden. Die Ursachen der Krisen in den einzelnen Sektionen, die übrigens von sehr verschiedener Tiefe und Intensität sind, sind sehr verschieden und wollt Ihr wirklich, daß alles, was sich „Linke“ in der KI nennt, sich Euch an die Rockschoße hängt? Dann werdet Ihr ein *Debole comme il faut* erleben! Es wird nach dem Parteitag das Wort „links“ verschwinden müssen und den guten alten revolutionären oder orthodoxen Marxisten oder neuen Leninisten Platz machen müssen. Die Krise z. B. der franz. Partei ist heute ein Dreck gegen die Frossard-Krise⁴⁴. (Die franz. Partei ist ein buntscheckiges Gebilde, in dem aber ausgezeichnete Elemente stecken: alte Proudhonisten, Blanquisten der Commune, revolutionäre Syndikalisten usw., Leute, die im Alter von 50 bis 60 Jahren zur KPF gekommen sind. Dazu 15000 Bauern auf ca. 50000 Proleten. Ja, Bauern, von denen viele Teilnehmer waren des berühmten revolutionären Winterstreiks von 1907, seitdem ihr revolutionäres Patent in der Tasche tragen. Wo gibt es außer Rußland soviel Bauern in der Partei?) Die Führung ist natürlich noch schlecht, unbolschewistisch, aber beim Teufel, wo ist eine solche außer der KPR und wie kann die französische Partei eine bolschewistische Führung kriegen, ohne richtig und schwer gekämpft zu haben (denn bisher hat die KPF noch nicht gekämpft!). Die Bolschewiki sind auch nicht in der Retorte gemacht worden, sondern haben dauernd auch gegen äußere Feinde Prüfungen zu bestehen gehabt, nach besseren Wegen, besserer Führung gerungen. (So lag die Sache bei den Bolschewiki *nicht*, wie Du es als erster Leiter in Nr. 1 „Der Funke“ schreibst).

Krisen sind Dinge, die zum größten Teil von objektiven, nicht subjektiven Faktoren abhängen. Ihr werft alles durch Ankleben des Wörtchens Opportunismus in einen Topf und erhaltet so einen italienischen Salat. Ihr umgeht eine *detaillierte* spezielle Analyse jedes einzelnen Krisenfalles in jedem einzelnen Lande. (Das ist Leninismus.) Das könnt Ihr angesichts der Überlastung mit ungeheuren deutschen Aufgaben zur Zeit auch gar nicht leisten. Aber Ihr wollt doch gleich die ganze KI retten. Retten wir erst die deutsche KP, und wir haben ein Gegengift gegen den Opportunismus auch in anderen Ländern, auf das wir uns werden was einbilden können.

Ich schreibe in höchster Eile, muß daher schließen, ohne eine ganze Reihe von kleineren Fragen zu behandeln, die dennoch wichtig sind. Werde in den nächsten Tagen wieder schreiben. Einstweilen herzlichste Grüße an Dich, Ruth, Ernst und alle Deine Trabanten. Wünsche Dir sichere, aber nicht zu blendende Erfolge auf dem Parteitag, über den ich Dich nochmals bitte, mich, wenn irgend möglich, telegrafisch zu informieren.

[Dein
gez. Mat. [Max Levien]

⁴³ Levien meint hier den von Lenin gebrauchten Begriff Chwostismus (vom Wort „chwost“ = Schwanz), der allgemein mit „Nachtrabpolitik“ übersetzt zu werden pflegt.

⁴⁴ Ludovic-Oscar Frossard war der erste Generalsekretär der KP Frankreich. Zunächst „rechter Kommunist“, trat er Anfang 1923 aus der KPF aus und geriet immer weiter nach rechts, er war im 2. Weltkrieg Minister Pétains.

P.S. Ich lege Dir eine Copie des Briefes Grischa's an Thälmann und Schlecht bei, bitte Dich jedoch, beiden davon nichts zu sagen, da sie sonst böse sein würden, wenn ich ihnen nicht auch eine Copie des Briefes Grischa's an Euch geschickt habe. Den Brief werden sie Euch entsprechend der Bitte, die G. an sie im Brief selbst richtet, Euch ja sowieso zeigen und dann lest Ihr ihn, als ob er für Euch eine Neuigkeit wäre.

P.P.S. Bronja läßt herzlich grüßen, Dich und Ruth und Thälmann.

P.P.P.S. Bitte Dich, den Brief an Thälmann und Schlecht geschlossen weiter zu befördern, so daß sie nicht wissen, daß er von Dir geschickt ist. Das russische Original⁴⁵ des Briefes an Thälmann und Schlecht lege ich für Dich bei. Wenn Du es aber für besser hältst, daß Thälmann und Schlecht die Unterschrift G's sehen, so schicke ihnen russisches Original und deutsche Übersetzung gleichzeitig.

P.P.P.P.S. Lege Dir einen hochinteressanten bisher ungedruckten Artikel Lenins bei⁴⁶, der demnächst in der „KI“ erscheinen wird. Du wirst gerade für die Gegenwart Interessantes darin finden. (Übrigens Serrat.[i] ist gerade hier.)

[Moskau, 1. 4. 1924]

Bundesarchiv Koblenz R 43 I/2671

Reichskanzlei

Akten betr. Kommunistische Partei, Spartakus,

Bolschewismus. Bd. 7 (1. Januar 1924 bis 31. Dezember 1924)

L. 483203-11

Zu den Dokumenten 6-10

Der Frankfurter Parteitag im April 1924 wählte eine neue Zentrale aus 15 Personen, von denen 11 der Linken und nur vier der Mittelgruppe angehörten. Die neue Führung unter Ruth Fischer und Maslow schrieb die Bolschewisierung auf ihre Fahnen, dazu gehörte eine Auswechslung des Parteiapparates, die Zerstörung der Tradition des Spartakusbundes (vgl. Dok. 8) und erhöhte Rußlandgläubigkeit der Funktionäre und Mitglieder. Unter „Bolschewisierung“ wurde vor allem eine radikale Zentralisierung verstanden. Einer der Parteideologen schrieb 1924: „Leninismus, das ist vor allem eiserne Disziplin seitens der Mitgliedschaft, das ist militärische Zentralisation.“⁴⁷ Solche Vorstellungen mußten auch der Unterordnung unter die Kominternführung Vorschub leisten, war die KPD doch lediglich eine Sektion der „kommunistischen Weltpartei“, deren Zentrale in Moskau residierte. Auch wenn die rein formale Berichterstattung an die Komintern offenbar nicht immer richtig klappte (Dok. 6), wuchs dennoch die Abhängigkeit.

Die Opposition gegen die Fischer-Maslow-Führung, getragen in erster Linie von Ernst Meyer, konnte sich auf die politischen Thesen der Komintern stützen, trotzdem ließ die Kominternführung die Opposition fast unbeachtet und ließ ihr Prestige der Fischer-Führung. Meyer mußte sich mehrfach gegen unrichtige Darstellungen des innerparteilichen Fraktionskampfes wenden, seine Kritik an der KPD-Politik beleuchtete deren Situation. Die linke Führung isolierte die KPD, da sie die Einheitsfrontpolitik ablehnte. 1925 behauptete die Parteileitung, die KPD sei „die einzige Arbeiterpartei“, die SPD wurde als feindliche „bürgerliche“ Partei bekämpft. Damit

⁴⁵ In der Abschrift steht irrtümlich „rumänische“.

⁴⁶ Es handelt sich um Lenins Artikel „Notizen eines Publizisten“ (vgl. Lenin, *Ausgewählte Schriften*, herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber, München 1963, S. 1112-1121). Der Artikel wurde kurze Zeit später, am 16. April 1924, in der „Prawda“ veröffentlicht.

⁴⁷ Alexander Emel im Funktionärorgan der Berliner KPD, „Der Funke“, Nr. 15 vom 28. 8. 1924. Alexander Emel (1897-1936) wurde unter seinem richtigen Namen Moses Lurje im Moskauer Schauprozess gegen Sinowjew u. a. (1936) angeklagt und zum Tode verurteilt.

distanzierte sich die Fischer-Führung indirekt von den Losungen „Arbeiterregierung“ und „Arbeiter- und Bauern-Regierung“. Die Komintern hatte diese Begriffe seit 1922 benutzt, um damit von SPD und KPD gemeinsam gebildete Regierungen (z. B. 1923 in Sachsen und Thüringen) zu umschreiben. Ernst Meyer hielt 1925 an dieser Losung fest, doch er stieß in der KPD auf Widerspruch (Dok. 9).

Mit dem schwindenden Einfluß nach außen wuchs die innerparteiliche Diktatur. Meyer wies in seinen Briefen an die Kominternführung auf diese Schwächen hin. Doch seine Kritik blieb ohne Wirkung, solange die Kominternspitze glaubte, in der Fischer-Maslow-Zentrale eine willige Helferin in Deutschland zu besitzen. Erst als sich im Sommer 1925 verstärkt Autonomiebestrebungen der KPD zeigten, griff die Komintern ein. Nunmehr wurden (im „Offenen Brief“ vom August 1925) die von Meyer längst signalisierten Gefahren auch von der Komintern bestätigt.

Für das Verhältnis der KPD-Führer zur Komintern ist aber auch Dok. 10 wesentlich, zeigt der Brief doch, daß führende deutsche Kommunisten noch Rückgrat besaßen. Manuilski war damals nach Sinowjew und Bucharin wichtigster Kominternführer und bereits Stalins Vertrauensmann in der III. Internationale. Wenn Ernst Meyer einem solchen Funktionär „politische Korruption“ vorwarf, so spricht dieses Auftreten für sich.

Dokument 6

AGITATIONS UND PROPAGANDA ABTEILUNG DES E.K.K.I. MOSKAU

Moskau, im August 1924

No 210

An die

Zentrale der K.P.D.

Kopie an die Redaktion

Werte Genossen!

Die Exekutive der K.I. stellte der Agitprop-Abteilung des E.K.K.I. die Aufgabe, die gesamte kommunistische Presse eingehend zu kontrollieren, zwischen den Leitungen der Presse und der einzelnen Sektionen und dem E.K.K.I. einen engen Kontakt aufrechtzuerhalten, sowie den Sektionen regelmäßig Vorschläge über Inhalt, Form und Technik der Presse zu machen.

Wir haben deshalb beschlossen, in einer Frist von 3 Monaten die wichtigsten Parteiorgane einiger Sektionen einer eingehenden Beobachtung und Kontrolle zu unterziehen, und nach dieser Frist die gesammelten Erfahrungen für die gesamte Internationale als auch für die einzelnen Sektionen besonders, zu verwerten.

Für Eure Partei kommen folgende Organe in Betracht:

„Rote Fahne“, „S.A.Z.“, „Kämpfer“, „Ruhr-Echo“, „Schlesische A.Z.“, „Volkswacht-Mecklenburg“, „Klassenkampf“.⁴⁸

Wir bitten Euch, uns regelmäßig und umgehend je drei Exemplare dieser Zeitungen zuzusenden.

Im Falle Eure Zentrale bereits ähnliche Arbeiten durchgeführt hat, so ersuchen wir um Bekanntgabe des Ergebnisses und Zusendung der diesbezüglichen Materialien.

Mit kommunistischem Gruß

Abteilung Agitpro des E.K.K.I.

Bela Kun

Privat-Archiv Rudert

⁴⁸ Die genannten Zeitungen waren (außer dem Zentralorgan „Die Rote Fahne“) Bezirkszeitungen der KPD. Die „S.A.Z.“, die Sächsische Arbeiter-Zeitung erschien in Leipzig, der „Kämpfer“ in Chemnitz, das „Ruhr-Echo“ in Essen, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ in Breslau, die „Volkswacht“ in Rostock und der „Klassenkampf“ in Halle.

Dokument 7

An die Exekutive der Komintern

Berlin, 5. November 1924

Moskau

Werte Genossen.

Die Zentrale hatte beschlossen, dem Bezirksparteitag Ostpreußen die Auswahl der Parlamentskandidaten⁴⁹ zu überlassen. Was mich anbetrifft, so beschloß die Zentrale, von vornherein Alles zu unternehmen, um den Bezirk dahin zu beeinflussen, meine Wiederaufstellung zu unterbinden. Trotzdem der Zentrale-Vertreter versucht hatte, meine politische Tätigkeit scharf zu kritisieren, mußte der Bezirksparteitag doch einsehen, daß mein ganzes Auftreten in keiner Weise den Beschlüssen der Komintern widerspricht. Ich stelle hier fest, daß meine so viel besprochene Auffassung über die Arbeiterregierung – schon auf dem Leipziger Parteitag – identisch ist mit der des 5. Weltkongresses⁵⁰, was sich aus den stenographischen Parteitagsprotokollen ergibt. Sogar von den 13 Delegierten, die auf Veranlassung der Zentrale einen Gegenvorschlag unterschrieben hatten, stimmten nach Kenntnisnahme der Tatsachen 9 für mich. Ich wurde also mit allen Stimmen (ca. 60) gegen 4 als Spitzenkandidat aufgestellt.

Die Zentrale hat trotzdem den Beschluß des Bezirksparteitages annulliert, nachdem Versuche der Zentrale, durch die Bezirksleitung den Beschluß des Bezirksparteitages aufheben zu lassen, zurückgewiesen wurden.

Außerdem hat die Zentrale mir verboten, nach Ostpreußen zu fahren. Selbst bereits vom Zentral-Wahlkomitee festgelegte, vom Bezirk verlangte öffentliche Versammlungen mußten eilig abgesagt werden.

Die Zentrale kann mir in keinem einzigen Falle eine Durchbrechung von Beschlüssen der Partei und der Komintern nachsagen. Die Maßregelung erfolgt ausschließlich deshalb, weil ich notwendige Einzelkritik im Rahmen der vorgesehenen Parteinstanzen geübt habe. Die Verhinderung meiner Parlamentstätigkeit, trotzdem auch die Zentrale anerkennen muß, daß sie für die Partei nur förderlich war, bedeutet den Beginn meiner völligen Ausschaltung aus der Parteitätigkeit, die vom Standpunkt der Zentrale weniger „gefährlich“ wäre.

Ich ersuche die Exekutive, die politischen Gründe der Zentrale nachzuprüfen, und dazu umgehend Stellung zu nehmen.

Mit kommunistischem Gruß

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Ernst Meyer

Abschrift

Dokument 8

An den Genossen Robert⁵¹

Berlin, den 3. Januar 1925

W. G.! Die unerhörte Passivität der Partei veranlaßt mich, Ihnen folgendes zu unterbreiten:

⁴⁹ Es handelt sich um die Reichstagswahlen und die preußischen Landtagswahlen vom 7. Dezember 1924. Bis 1924 war Meyer Abgeordneter des preußischen Landtags gewesen.

⁵⁰ Auf dem Leipziger Parteitag der KPD (28. 1.–1. 2. 1923) hatte Meyer u. a. gesagt: „Der ‚Vorwärts‘ schrieb mit Recht, daß unsere Forderung der Arbeiterregierung in Deutschland den Bürgerkrieg bedeutet ... Die von Bedenken geplagten Genossen übersehen, daß die Arbeiterregierung nicht nur als Folge einer Massenbewegung entsteht, sondern daß auch durch die Aufstellung der geeignetsten Forderungen Massenbewegungen ausgelöst werden.“ Bericht, a. a. O., (Anm. 14) S. 366 f. Auf dem V. Weltkongreß der Komintern (vgl. Anm. 37) nahm Sinowjew eine „Konkretisierung“ der Losung „Arbeiterregierung“ vor; Protokoll, Fünfter Kongreß der Kommunistischen Internationale, Band 1, S. 487 ff.

⁵¹ Der Brief ist an den Kominternvertreter in Deutschland gerichtet (vgl. Dok. 9), möglicherweise an Dimitrij *Manuilski* (1883–1959), bis zur Auflösung führend in der Komintern tätig, dann Außenminister der Ukrainischen SSR.

Fast die gesamte Zentrale ist ins Ausland gegangen und läßt die Partei völlig directionslos.

Die Partei lebt überhaupt nur noch von den Skandalen, die im Sumpfe der SPD und des Bürgertums entstehen.

Die wichtigste aktuelle politische Frage ist die der Lösung der Regierungskrise. Das Bürgertum vertagte diese Frage bis nach den „Festtagen“. Die „Rote Fahne“ tat ihnen den Gefallen, ebenfalls darüber zu schweigen. Als die R. F. am 31. 12. einen Artikel zur Regierungskrise aufnahm, stand darin kein Wort von unserer Forderung der Arbeiter- und Bauernregierung⁵². Selbst das Wort Arbeiter- und Bauernregierung ist nach wie vor in der deutschen Partei verpönt. Der Hallesche „Klassenkampf“ (vom 6. 12. 24) hat sogar in dem offiziellen Aufruf der Exekutive eigenmächtig die Worte „die Regierung der Arbeiter und werktätigen Bauernschaft“ gestrichen und durch „die Diktatur aller Werktätigen in Stadt und Land“ ersetzt.

In den Ministerien liegen die neuen Steuer- und Zollvorlagen für den neuen Reichstag bereit. Die Partei macht keine Propaganda, um den Verwirrungsmanövern der SPD erfolgreich entgegenzutreten. Die „Rote Fahne“ druckte am 17. 12. einen Artikel ab, in dem es richtig hieß:

„Lastenabwälzung? Vortrefflich, ihr Wälzer und Schieber. Also Konfiskation aller königlichen, kaiserlichen, fürstlichen, kirchlichen Reichtümer und Vermögen, aller Krieger- und Inflationsgewinne, Aufhebung der Lohnsteuer.“⁵³

Dieser Artikel ist Oase in der Wüste geblieben. Ihm ging keine Propaganda für die dort enthaltenen Forderungen voraus. Ihm ist keine Propaganda gefolgt; und diese Forderungen, die ich schon lange vertrete, werden von einer Reihe von Parteigenossen jetzt als eine kleine Entgleisung Maslows kritisiert.

Im Februar, März finden die Betriebsrätewahlen statt. Der Aufruf in der „Roten Fahne“ vom 24. 12. fordert „Die rote Einheitsfront des Proletariats von unten“⁵⁴. Aber auf die praktische Frage des Verhältnisses zu den gewerkschaftlichen SPD-Arbeitern in den Betrieben bei den Wahlen (gemeinsame gewerkschaftliche Liste) gibt er keine Antwort und vermehrt noch die Verwirrung. In den Bezirken richtet man sich noch nach den alten, falschen Anweisungen.

In wichtigen Industriezweigen sind Lohnbewegungen (so im Ruhrgebiet, beim Bergbau, in der Metallindustrie). Der „Vorwärts“ behandelt sie zum Teil gar nicht, zum Teil ebenso versteckt. Die KPD ist nicht die Führerin dieser Bewegungen, beeinflusst sie nicht einmal.

Seit Mai 1924 haben wir eine Teuerungswelle, die seit dem Herbst immer stärker wird. Die Parteipresse ließ diese wichtige Erscheinung unbeachtet, statt sie täglich auszunutzen. Die Teuerung ist eine verschleierte, schwächere Inflation. Die Partei glaubt an den Schwindel der Markstabilisierung und tröstet sich damit über ihre Mißerfolge.

Solange nicht die politische und ökonomische Einheitsfront-Kampagne wirklich durchgeführt wird, bleibt auch die Kampagne für die gewerkschaftliche Einheitsfront Papier. Das englische Argument ist vorzüglich. Es kann das deutsche Argument unterstützen, aber nicht ersetzen.

⁵² Gemeint ist der Leitartikel „Zur Regierungsbildung, Einige Fragen, die sich jeder Arbeiter überlegen sollte“, in: „Die Rote Fahne“, Nr. 195 vom 31. 12. 1924.

⁵³ Das Zitat ist dem Leitartikel „Generalpause? Oder braucht man so lange zum Kuhhandel?“ entnommen, „Die Rote Fahne“ Nr. 184 vom 17. 12. 1924.

⁵⁴ Gemeint ist der Aufruf der Zentrale vom 23. 12.: „Schafft die Rote Front in den Betrieben und Gewerkschaften, Wählt nur rote Betriebsräte.“ In: „Die Rote Fahne“ Nr. 190 vom 24. 12. 1924.

Ich bitte Sie, mit allen Mitteln auf Abstellung dieser Verhältnisse zu wirken.

Mit kommunistischem Gruß

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Ernst Meyer

Dokument 9

An die

Berlin, 11. Februar 1925

Exekutive der Komintern Moskau

Werte Genossen!

In Ergänzung meines Briefes vom 18. Dezember⁵⁵ (ich bitte mir den Empfang meiner Briefe zu bestätigen) und der beiliegenden Kopie meines Briefes vom 3. Januar an den hiesigen Vertreter der Exekutive⁵⁶ möchte ich für die Sitzung der erweiterten Exekutive noch folgendes betonen.

Die KPD hat auf die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung und der Konfiskation (Steuern) der kapitalistischen Vermögen verzichtet. Sie versuchte sich auf die Gewerkschafts- und Betriebsrätefrage zu konzentrieren. Diese Einstellung hat zu schweren Schäden und Mißerfolgen für die Partei geführt, weil 1.) die Situation die Erörterung auch rein politischer Fragen (Regierungsfrage, Steuerfrage) von der Partei zwingend verlangt und 2.) weil eine Vernachlässigung der politischen Seite unmittelbar Versäumnisse der wirtschaftlichen Seite hervorrufen muß.

Es ist eine alte Erfahrung des revolutionären Kampfes, daß Arbeiterorganisationen, die die wirtschaftliche oder politische Seite negieren, nirgends Erfolg haben. Bei der KPD mußte sich das umso stärker zeigen, weil sie die Einheitsfronttaktik bewußt verletzte.

Als ich bei Beginn der Kampagne gegen den Dawesplan eine politische Antwort forderte, hielt man mir entgegen, die Losung „Für Achtstundentag und höheren Lohn“ sei das beste Mittel zur Auslösung von Kämpfen, und jeder andere Vorschlag stelle ein opportunistisches Manöver zur Ablenkung von diesen Kämpfen dar.

Jetzt muß die Zentrale selbst eingestehen, daß die Partei trotz einjähriger Wiederholung ihrer Forderung nichts erreicht hat, und daß, soweit Lohn- und Arbeitszeitbewegungen entstehen, nicht wir sie führen, sondern der ADGB und die christlichen Gewerkschaften.

Das Flasko der Partei auf diesem Gebiet ist ebenso gründlich wie in unserer Gewerkschaftsarbeit. Die Partei redet zwar viel von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit. Aber leider bleibt es bei der bloßen Behauptung, die Partei sei in dieser Frage weit vorangekommen. Tatsächlich geht unser Einfluß in den Gewerkschaften noch immer zurück, wofür die Wahlergebnisse bei Gewerkschaftswahlen der beste Beweis sind.

Worauf sind die Rückschläge zurückzuführen?

Die Zentrale behauptet, wir hätten jetzt eine bessere, mehr bolschewistische Partei als früher. Sie schob ihre Mißerfolge auf eine ungünstige Situation. Auch die Zentrale wird jetzt nicht sagen können, daß im Proletariat pazifistische Illusionen vorhanden sind oder daß die allgemeine Situation die kommunistische Agitation erschwert. Die

⁵⁵ Am 18. 12. 1924 schrieb Ernst Meyer einen ausführlichen Brief über die Lage in der KPD an das EKKI. Er konstatierte Fehler der linken Führung in der Gewerkschaftsfrage, in der Politik gegenüber dem Dawesplan und der Steuerfrage und verlangte die KPD solle: „a) die Einheitsfronttaktik konkretisieren, b) den Rahmen der notwendigen Teilforderungen umgrenzen, c) eine theoretische Klärung und die praktische Handhabung kommunistischer Steuerpolitik herbeiführen“. Der Brief befindet sich im Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné.

⁵⁶ Vgl. Dok. 8.

Bildung der Lutherregierung, die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse, der Barmatskandal der SPD sind glänzende Voraussetzungen für die Stärkung der kommunistischen Partei. Die Partei gewinnt nur deshalb nicht an Boden unter den Massen, weil sie auf die wirkliche Durchführung der Taktik der Einheitsfront verzichtet.

Das zeigt sich am deutlichsten bei den Betriebsrätewahlen. Die Zentrale hat für diese Wahlen eine „doppelte Moral“. Den Bezirksleitungen übersendet sie Rundschreiben, die sie vor den Mitgliedern ängstlich hütet. Diese Rundschreiben werden der Forderung nach gewerkschaftlichen gemeinsamen Listen mit der SPD knapp gerecht. Die Richtlinien für die „einfachen“ Mitglieder lassen dagegen weiten Spielraum für falsche Anwendung.

Wie die Einheitsfronttaktik in der Gewerkschafts- und Betriebsrätefrage in der Praxis aussieht, zeigen die Anweisungen der Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Dort wurde im „Klassenkampf“ ein Artikel des Polbüros veröffentlicht, der den Forderungen Lenins in den „Kinderkrankheiten“ offen ins Gesicht schlägt und der in der ganzen sozialdemokratischen Presse auch gegen die englisch-russische Einheitsfrontkampagne ausgenutzt wird. Dieser Artikel und ähnliche Plumpheiten erschweren nicht nur unsere Gewerkschaftsarbeit in Deutschland, sondern wirken auch schädigend auf die Einheitskampagne in England zurück⁵⁷.

Zu den Betriebsrätewahlen hat die Bezirksleitung Halle ein Rundschreiben versandt, das von den Genossen als eine Aufforderung zur Aufstellung von rein kommunistischen Listen aufgefaßt werden muß. Bei solcher Arbeit unserer Partei kann es kein Wunder nehmen, daß die Betriebsrätekonferenz für Mitteldeutschland nur von ein paar Dutzend statt von mehreren hundert Großbetrieben beschickt war.

Die Unfähigkeit, die Einheitsfronttaktik auf wirtschaftlichem Gebiet anzuwenden, ist eine Folge der Negierung dieser Taktik auf politischem Gebiet. Dabei schreit die ganze Lage nach einer politischen Anwendung dieser Taktik. Die Massen wollen, ohne kommunistisch zu sein, eine Opposition gegen die Lutherregierung. Die Ruhrskandale belasten Regierung und Parteien. Die Barmatskandale haben die SPD vollends kompromittiert. Aber die Partei versteht es nicht, das Mißtrauen gegen die anderen Parteien für sich auszunutzen und zu einem Faktor der eigenen Stärke zu machen.

Wie unfähig die KPD in der Ausnutzung dieser Situation ist, zeigt die Preußenkrise. Die KPD stürzte die Regierung; aber was tut sie, um die Massen dafür zu interessieren und ihnen diesen Sturz verständlich zu machen⁵⁸? Wagt sie auch nur zu sagen, was sie selbst will? Als ich in der allwöchentlichen Besprechung mit der Zentrale die Forderung der Arbeiter- und Bauernregierung verlangte, erklärte ein Genosse: Die Losung Arbeiterregierung widerspräche der Losung, die KPD als einzige Arbeiterpartei treibe allein Arbeiterpolitik! – ohne daß jemand widersprochen hätte. Zu solchem Unsinn treibt die Furcht vor politischen Antworten auf politische Fragen.

Die Passivität der Partei bestimmt auch das Leben der Partei im engeren Sinne des Wortes. Die Parteiführung treibt engste Fraktionspolitik. Sie negiert die Einheitsfronttaktik auf politischem Gebiet. Sie verfolgt eine fraktionelle Personalpolitik. Sie sucht ihre parteipolitischen Gegner aus der Partei zu drängen, wie die Ausschlüsse

⁵⁷ 1924 kam es durch eine Linkswendung der britischen Gewerkschaften zu einer „Einheitsfront“, im Frühjahr 1925 wurde ein anglo-russisches Komitee für internationale Gewerkschaftseinheit gegründet. Nach dem britischen Generalstreik im Mai 1926 brach diese Einheitsfront wieder auseinander, das anglo-russische Komitee wurde aufgelöst.

⁵⁸ Am 14. 1. 1925 hatte die kommunistische Fraktion im preußischen Landtag – ebenso wie die Rechte – einen Mißtrauensantrag gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun eingebracht, am 23. 1. 1925 trat Braun zurück, am 18. 2. wurde Marx Ministerpräsident.

und Ausschlußanträge zeigen, und verfolgt auf diese Weise eine reine Spaltungspolitik. Sie zerstört systematisch die revolutionäre Tradition in der deutschen Arbeiterschaft, wie sie in der Geschichte des Spartakusbundes trotz aller Mängel aufgespeichert ist, weil sie keine Tradition auf diesem Gebiet aufzuweisen hat. Die Partei wehrt sich gegen jede Kritik. In den Artikeln der Parteipresse steht zwar manchmal, daß die Partei Selbstkritik üben müsse. Aber wehe den Genossen, die von diesem Recht Gebrauch machen wollen! In den Parteikonferenzen werden diejenigen als Reformisten verdonnert und ihrer Funktionen beraubt, die etwa mit dem Genossen Sinowjew den Wahlausfall als eine zum Teil selbst verschuldete Niederlage bezeichneten.

Diese Erstickung jedes gesunden Lebens wird bemäntelt mit dem Argument, daß eine bolschewistische Partei eine Partei aus einem Guß ohne die geringste abweichende Meinung sein müsse. Wenn die deutsche Partei die Reife der russischen erreicht haben wird, wird kein wahrer Revolutionär der praktischen Durchführung dieser Forderung widersprechen. Aber augenblicklich ist wohl niemand von der politischen Unfehlbarkeit der jetzigen Parteiführung überzeugt.

Die Durchführung meiner politischen Vorschläge wird die Hetze der gegnerischen Parteien wirksamer für die Arbeiterschaft unschädlich machen, als die Abwehr des Zentralorgans, einer der Hauptangeklagten in einem politischen Prozeß sei geisteskrank⁵⁹.

Mit kommunistischem Gruß
Ernst Meyer

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Dokument 10

Berlin, 16. 3. 25

Werter Genosse Manuilsky!

In Ihrem Artikel in der „Kommunistischen Internationale“ Heft 2 stellen Sie die Behauptung auf⁶⁰:

⁵⁹ Am 10. Februar 1925 hatte in Leipzig der sogenannte „Tscheka-Prozeß“ begonnen. Angeklagt waren 16 Kommunisten, die 1923 einer kommunistischen Geheimorganisation angehört hatten. Die Organisation – nach dem Vorbild der russischen Geheimpolizei „Tscheka“ genannt – wurde beschuldigt, Terroranschläge und einen Fememord verübt zu haben. Einer der Hauptangeklagten (neben dem russischen General Skobolewski-Gorew) war Felix Neumann, er machte belastende Aussagen über die Gruppe und über die Aufstandsvorbereitungen von 1923. „Die Rote Fahne“ brachte in Nr. 34 vom 10. Februar 1925 einen Leitartikel unter der Überschrift „Der ‚Tscheka‘-Zeuge Neumann geisteskrank“, und am 11. Februar lautete eine Schlagzeile „Der geisteskranken Neumann sagt aus“. Um die belastenden Aussagen Neumanns zu entwerten, behauptete die KPD einfach, er sei geisteskrank. Diese Haltung des KPD-Zentralorgans hatte Meyer im Auge. Im April wurden die Urteile im Tscheka-Prozeß gefällt. Drei Angeklagte, darunter Skobolewski und Neumann, wurden zum Tode verurteilt. Skobolewski wurde später in die Sowjetunion ausgetauscht, Neumann begnadigt, er schloß sich der NSDAP an.

⁶⁰ Gemeint ist Manuilskis Artikel „Zur Frage der Bolschewisierung der Parteien“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 2, 1925, S. 157–156, in dem es hieß: „Daß es bei uns in der gegenwärtigen Periode an Menschen nicht fehlen wird, die den Kampf um die konkreten Forderungen der Arbeiterklasse in Opportunismus verwandeln wollen, davon zeugt z. B. das vom rechten Flügel aufgestellte ‚Steuerprogramm‘. Warum hatten die deutschen Kommunisten recht, als sie diesen Vorschlag einer harten Kritik unterzogen? Natürlich nicht, weil das deutsche ZK die Notwendigkeit eines Steuerprogramms für die Partei überhaupt leugnete, sondern nur, weil das Stellen dieser Frage in den Mittelpunkt aller Parteibestrebungen Opportunismus ist ...“ (S. 150).

1.) daß die Zentrale der KPD „natürlich“ nicht „überhaupt die Notwendigkeit eines Steuerprogramms für die Partei verneint“,

2.) daß „der rechte Flügel der KPD den Versuch macht, das Steuerprogramm dem Kampf um die Diktatur des Proletariats entgegenzustellen.“

Beide Behauptungen sind, wie gerade Sie selbst am besten wissen, unwahr.

Sie wissen aus Ihrer Teilnahme an dem ersten Zentralausschuß nach dem Frankfurter Parteitag und an vielen Zentrale-Sitzungen, daß die Zentrale es ablehnte, ein Steuerprogramm aufzustellen, das über die rein negative Ablehnung von Lohn- und indirekten Steuern hinausgeht. Eigene Steuerforderungen wurden von der Zentrale nur für das Parlament zugelassen. Ihre Formulierung wurde aber von der Zentrale selbst auf der Parlamentarierkonferenz nicht nur abgelehnt, sondern mit Mandatsentzug und Maßregelungen anderer Art bestraft.

Sie wissen weiter, daß von mir niemals das geforderte Steuerprogramm der Diktatur entgegengesetzt, sondern stets als Vorbereitung der Kämpfe um die Diktatur und in Verbindung mit dem Ziel der Diktatur propagiert wurde.

Sie wissen ferner ganz genau, daß auch die anderen Genossen, so sehr sie sich in anderen Fragen geirrt haben, diese Frage in unserem Sinne richtig formuliert haben.

Gerade die Zentrale zerriß durch die rein parlamentarische Begrenzung der Steuerforderungen die Verbindung von Teilforderungen und Diktatur.

Diese meine Auffassungen haben Sie in privater Unterhaltung Anfang dieses Jahres in allen Punkten geteilt.

Wenn Sie jetzt etwas anderes schreiben, so grenzt das an politische Korruption.

Mit kommunistischem Gruß
Ernst Meyer

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Zu den Dokumenten 11–13

Der X. Parteitag der KPD (12.–17. Juli 1925) hatte die Ruth Fischer-Maslow-Führung einstimmig bestätigt. Bereits einen Monat später übte jedoch eine Konferenz des EKKI (12.–14. August 1925) heftige Kritik an dieser Führung; Ruth Fischer, Maslow und ihre engsten Anhänger wurden aus der KPD-Spitze verdrängt. Die Politik der Parteileitung, die zur Isolierung der KPD geführt hatte, wurde als ultralinks verworfen. Sinowjew hatte seine Anhänger Ruth Fischer und Maslow geopfert, denn deren Politik bot im Fraktionskampf mit Stalin zu viele Angriffsflächen. Ein Jahr später gelang es Stalin dennoch, Sinowjew aus der Kominternführung zu verdrängen.

In Deutschland wurden nach monatelangen inneren Auseinandersetzungen die linken und ultralinken Gruppen, die sich gegen die Komintern wandten, aus der KPD ausgeschlossen⁶¹. Die neue Führung aus kominterntreuen Linken wie Thälmann und Dengel und bewährten Funktionären wie Meyer und Ewert konsolidierten die Partei 1926/27. Auf dem XI. Parteitag der KPD (2.–7. März 1927 in Essen) wurde die Zusammenarbeit beider Gruppen offiziell sanktioniert, und die „Konzentration“ aller Parteirichtungen beschworen.

Stalin und die Kominternführung stützten sich vor allem auf Thälmann, den offiziellen Führer der KPD, und bald berief man sich wieder auf die Tradition der KPD-Linken. Ernst Meyer, Artur Ewert und ihre Anhänger – als „Versöhner“ bezeichnet – wehrten sich gegen die Verfälschung der Parteigeschichte, weil diese politische Konsequenzen zeitigte: die Abrechnung mit dem ultralinken Kurs von 1924/25 blieb eine halbe Maßnahme.

⁶¹ Vgl. hierzu Siegfried Bahne, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“, Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in dieser Zeitschrift 9 (1961), S. 359 ff.

Unmittelbar nach dem XI. Parteitag wandte sich Meyer gegen Darstellungen der sowjetischen Presse, nach denen er seinen „rechten Fehlern“ abgeschworen habe (Dok. 11). Die Manipulierung der Geschichte durch Moskau diene einer politischen Legendenbildung: Thälmann und die kominterntreue Linke hatte danach „immer recht“ gehabt. Mit solcher These wollte vor allem Stalin seinen Gefolgsmann Thälmann aufwerten.

Aber auch Bucharin, der auf dem 15. Parteitag der KPdSU (Dezember 1927) Ewert und Meyer verteidigte, ging der Legendenbildung Stalins ins Garn und Meyer protestierte dagegen (Dok. 12). Stalins Einfluß auf die KPD verstärkte sich, als im Februar 1928 ein Abkommen zwischen der KPdSU und der KPD getroffen wurde, das festlegte, nunmehr sei der Kampf vor allem gegen die „Rechten“ in der KPD zu führen. Damit waren die Weichen für die neue ultralinke Politik gestellt. Dieses Abkommen, das geheimgehalten wurde (in der KPD-Presse erschienen später nur Auszüge), unterzeichneten die deutschen und sowjetischen Delegierten während der 9. EKKI-Tagung. Die Tagung selbst beschäftigte sich gar nicht mit deutschen Problemen, sondern mit der chinesischen und der russischen Frage. Das Geheimabkommen war statutenwidrig, und es beendete den Kurs der „Konzentration“.

Eine Skandalaffäre im Herbst 1928 wurde zum akuten Anlaß, das Geheimabkommen zu realisieren. Der Hamburger Parteisekretär Wittorf, ein enger Freund Thälmanns, hatte Parteigelder unterschlagen. Rechte und Versöhnler erreichten, daß das ZK Thälmann seiner Funktionen enthob. Doch Stalin setzte durch, daß Thälmann wieder die Parteiführung erhielt, nunmehr wurden die Rechten und Versöhnler ausgeschlossen oder ihrer Funktionen enthoben. Im Sinne des Geheimabkommens vom Februar 1928 praktizierte die KPD bis 1934 die ultralinke Politik.

Dokument 11

Ernst Meyer an: 1.) Die Redaktion der „Prawda“ in Moskau
2.) Die Redaktion der „Tass“ in Berlin

Berlin, den 17. März 1927

Werte Genossen!

Ich ersuche um Aufnahme folgender Berichtigung:

In Ihren Berichten über den Essener Parteitag der KPD wird von mir als dem „früheren Anhänger der Gruppe Brandler-Thalheimer“ gesprochen und gesagt, ich hätte im Interesse der Konzentration die Notwendigkeit unterstrichen, „offen die früheren Fehler einzugestehen.“

Ich muß dazu folgendes feststellen:

Ich habe sofort im Oktober 1923 gegen die Fehler der damaligen Brandler-Zentrale scharf Stellung genommen und gehörte der sogenannten Mittelgruppe an, die von der Exekutive keineswegs als opportunistisch bekämpft wurde; vielmehr verlangte die Exekutive, daß die damaligen Linken mit der Mittelgruppe ein Bündnis auch in der Parteiführung schlossen.

Nach dem Frankfurter Parteitag (Frühjahr 1924) ging ein Teil der Mittelgruppe zu Ruth Fischer über, und seither bezeichnete Ruth Fischer den Rest der Mittelgruppe als „brandleristisch“. Mein „Opportunismus“ bestand unter anderem in Vorschlägen zur Bekämpfung des Dawesplanes und zu den Steuerfragen, deren Richtigkeit von der Exekutive und selbst von dem Genossen Sinowjew auf der VI. Erweiterten Exekutive⁶² ausdrücklich anerkannt worden ist.

⁶² Die VI. Erweiterte Exekutive tagte vom 17. 2. bis 15. 3. 1926 in Moskau. Sie beschäftigte sich vor allem mit dem Kampf gegen die linke Opposition.

Zu dem Berliner Parteitag der KPD (Juli 1925) veröffentlichte ich mit einigen Genossen eine detaillierte Plattform in Form eines Offenen Briefes, den als opportunistisch zu kritisieren bisher niemand auch nur den Versuch gemacht hat⁶³. Mit dieser Plattform solidarisierten sich auch Genossen der früheren Brandler-Gruppe.

Alle diese Tatsachen werden durch meine Erklärung vom 24. Dezember 1926 nicht aufgehoben, sondern bestätigt⁶⁴.

In der Erklärung anerkenne ich die Beschlüsse der VII. Exekutivsitzenz – diese Beschlüsse enthalten kein Wort der Kritik gegen mich.

In der Erklärung wiederhole ich meine Bereitwilligkeit, gegen Fehler der Genossen Brandler und Thalheimer zu kämpfen, so „wie ich das wiederholt getan habe“.

Diese Erklärung enthält keine Verpflichtung, nachträglich eine ultralinke Kritik an Brandler zu übernehmen.

In der Erklärung anerkenne ich die Führung des ZK. Die Erklärung nennt als Voraussetzung dieser Anerkennung mein Recht der Kritik in den führenden Organen der Partei. Wie weit dieses Recht von mir in Anspruch genommen wird, habe ich auf dem Essener Parteitag deutlich gesagt.

Meine Erklärung wird ergänzt durch eine Vereinbarung zwischen ZK und mir, worin mir die volle Garantie meiner Mitarbeit zugesichert wurde.

Angesichts dieser Tatsachen ist mir der Kommentar in dem Tass-Telegramm vollständig unverständlich.

gez. Ernst Meyer

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Dokument 12

Kopie

vom 6. 2. 1928

Werter Genosse Bucharin,

in Ihrem Schlußwort auf dem 15. Parteitag behaupteten Sie, daß ich mich in meiner Erklärung von meinen früheren Fehlern losgesagt habe⁶⁵. Unter Bezugnahme auf

⁶³ Ernst Meyer richtete zusammen mit Paul Frölich (1884–1953, bis 1924 Mitglied der KPD-Zentrale, 1928 als „Rechter“ ausgeschlossen, Führer der KPO und SAP, Verfasser einer Rosa Luxemburg-Biographie) und Karl Becker (1894–1942, bis 1924 Mitglied der Zentrale, ab 1927 ZK-Mitglied, als „Versöhnler“ abgelöst, 1942 in Deutschland hingerichtet), einen Brief an den X. Parteitag der KPD (Juli 1925), der eine scharfe Kritik an der Ruth Fischer-Führung enthielt. Der Brief ist abgedruckt in: Die Internationale, Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, 8 (1925), S. 505–507.

⁶⁴ Mit der von Thälmann und Meyer unterschriebenen Erklärung wurde die Mitarbeit Ernst Meyers in der Parteiführung geregelt. Die Erklärung (und die verschiedenen Entwürfe) werden abgedruckt in: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, a. a. O. (Anm. 8).

⁶⁵ Auf dem XV. Parteitag der KPdSU (2.–19. 12. 1927) hatte sich Bucharin gegen die Linken Lominadse und Schatzkin gewandt. Er sagte: „Die zweite Übertreibung begeht Genosse Schatzkin, indem er behauptet, daß in Deutschland die rechte Gruppe in letzter Zeit erstarkt sei, während sie es früher nicht gewagt habe, auch nur einen Ton zu sagen. Ich halte auch diese Behauptung für falsch. Noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit vereinigte sich der größte Teil der ehemaligen Rechten mit der sogenannten Gruppe Ernst Meyer. Hier in Moskau kam mit unserer Hilfe ein „Übereinkommen“ zwischen der Gruppe Meyer und dem Zentralkomitee zustande, wobei der Genosse Meyer, der Führer dieser ehemaligen rechten Gruppe, eine Erklärung unterzeichnete, daß er sich von seinen früheren Fehlern lossage und mit dem Zentralkomitee zusammenarbeiten werde. Die Führer dieser Gruppe, die in Deutschland tätig war, haben wir auf den Weg der Zusammenarbeit mit dem Zentralkomitee geführt und sie arbeiten heute ziemlich gut. Das ist eine Tatsache. Was bedeutet das? Ein Wachstum,

mein Schreiben vom 28. November 1927 an das ZK der KPD betreffend den Genossen Kuusinen⁶⁶, der in seiner Antwort auf Sinowjews 21 neue Bedingungen ähnliches behauptet hat, und auf die Antwort des ZK der KPD an den Genossen Kuusinen, erkläre ich folgendes:

In meiner Erklärung vom 24. 12. 1926 ist kein Wort von früheren Fehlern enthalten.

Bei meiner Erklärung handelt es sich vielmehr darum, ob ich zu jener Zeit auf öffentliche Kritik im Interesse der Konzentration verzichte.

Andere Behauptungen sind eine Unwahrheit. Ich erwarte, daß auf der Sitzung des EKKI die Angelegenheit endgültig berichtigt wird.

Mit kommunistischem Gruß!
Ernst Meyer

Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné

Dokument 13

Die gemeinsame Sitzung der Delegationen der KPD und Kpdsu beschließt:

1. Festzustellen, daß die rechte Gefahr in der Arbeiterbewegung in Deutschland, deren Ausdruck die Sozialdemokratische Partei ist, die Hauptgefahr darstellt;
2. Festzustellen, daß dieser Umstand es notwendig macht, die verschärfte Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf den Kampf gegen die rechte Gefahr in der Partei (darunter auch gegen den Trotzkismus) zu lenken;
3. Festzustellen, daß die Überwindung der ultralinken Gefahr eine der notwendigen Vorbedingungen für den erfolgreichen Kampf gegen die rechte Gefahr innerhalb der Partei, wie auch in der Arbeiterbewegung im allgemeinen darstellt;
4. Festzustellen, daß dieser Standpunkt die Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr in der Partei ausschließt und daß nur auf Grundlage dieser Linie die wirkliche Einheit der Führung und die wirkliche Konzentration der revolutionären Kräfte in der Partei geschaffen werden können und müssen.
5. Davon ausgehend festzustellen, daß
 - a) die Auswahl der Parteiarbeiter für die leitenden Funktionen in allen Gebieten

ein Erstarken der rechten Gruppe oder das Gegenteil. Meines Erachtens das Gegenteil ... Also Genosse Meyer stand in Opposition zu der Linie des ZK, jetzt verteidigt er diese Linie. Das ist eine Tatsache und gegen diese Tatsache kann man nicht streiten ..."; Protokoll, Fünfzehnter Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion 2.-19. 12. 1927, Hamburg-Berlin 1928, S. 240f.

⁶⁶ In einem Brief vom 28. 11. 1927 an das Polbüro der KPD hatte sich Meyer gegen Äußerungen des Kominternführers Otto Kuusinen (1881-1964, Mitbegründer der KP Finnland, Kominternführer, bis zu seinem Tod Sekretär des ZK der Kpdsu) gewandt. Meyer hatte auf einen ZK-Beschluß vom September 1927 hingewiesen, in dem es hieß: „Die Versuche der ausgeschlossenen Maslow-Gruppe, einzelne Genossen der Führung gegeneinander anzuspüren ... (Geschwätz von der ‚Kaltstellung‘ des Genossen Thälmann und der ‚Auslieferung der Partei‘ an den Genossen Meyer, daß Genosse Meyer ein ‚Rechter‘ sei usw.) werden wirkungslos bleiben. Das ZK wird nach wie vor an dem Prinzip einer kollektiven Führung der Partei festhalten.“ (Die Rote Fahne, Nr. 218 vom 16. 9. 1927). Meyer ersuchte das Polbüro, Kuusinen „darauf aufmerksam zu machen, daß weder falsche Behauptungen über einzelne Polbüro-Mitglieder noch der Versuch der Differenzierung zwischen führenden Genossen den Interessen der Partei und der Vereinheitlichung der Führung dienen“. Der Brief befindet sich im Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné.

der Parteiarbeit, wie im Reichstage, so auch außerhalb desselben den Forderungen dieser Linie untergeordnet werden muß;

- b) die sofortige Reorganisation der Gewerkschaftsabteilung im Sinne der Politik des Z.K. der KPD notwendig ist⁶⁷;
- c) die Aufstellung der Kandidaturen der Genossen Brandler und Thalheimer zum Reichstag unzweckmäßig ist⁶⁸.

6. Die Aufmerksamkeit auf die Entfaltung der sachlichen Kritik der Mängel der Parteiarbeit zu lenken, die praktische Arbeit des Z.K. der KPD zu verbessern, die Sache der Auslese neuer Kräfte und ihrer Heranziehung zu der leitenden Arbeit zu heben.

Moskau, den 29. Februar 1928

Thälmann, Ewert, Remmele, Dengel, Gerhart, H. Neumann, C. Blenkle, Bucharin, Stalin, Tomski, Molotow, Losowski, A. Mikojan, Pjatnitzki⁶⁹.

Privat-Archiv Rudert

⁶⁷ In der Gewerkschaftsabteilung waren viele „rechte“ Kommunisten, die nun abgelöst wurden, zuerst der Abteilungsleiter Walcher (vgl. Anm. 20).

⁶⁸ Die „rechten“ Kommunisten erhielten für die Wahlen zum Reichstag 1928 keine aussichtsreichen Kandidaturen, nur Paul Frölich (vgl. Anm. 62) zog als Abgeordneter in den Reichstag ein.

⁶⁹ Thälmann, Ewert und Dengel vgl. Anm. 12; Hermann Remmele (1880–1939), Dreher, von 1920 bis 1933 Mitglied der Parteiführung, 1933 Emigration nach Moskau, Opfer der Stalinschen Säuberungen; Gerhart ist Gerhart Eisler (geb. 1897), 1927 Kandidat des Polbüro, als „Versöhnler“ abgelöst, jetzt Mitglied des ZK der SED; Heinz Neumann (1902–1937), leitete von 1928 bis 1932 neben Thälmann und Remmele die KPD, er wurde Opfer der Stalinschen Säuberungen; Conrad Blenkle (1901–1943), Bäcker, war bis 1928 Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes, er wurde 1943 in Deutschland hingerichtet. Neben den bekannten russischen Führern Stalin, Molotow und Mikojan unterschrieben auch die Führer der „rechten“ Kommunisten Bucharin (1889–1938) und Tomski (1880–1936), außerdem der Leiter der Roten Gewerkschaftsinternationale S. A. Losowski (1878–1952) und der Organisationsleiter der Komintern Ossip Pjatnitzki (1882–1939).

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Winfried Baumgart, wiss. Assistent am Historischen Seminar der Universität Bonn, 53 Bonn-Duisdorf, Am Schickschhof 3.

Dr. Erich Kordt, Ministerialrat, apl. Professor für Völkerrecht, Staatsrecht und Geschichte der Diplomatie an der Universität Köln, 4 Düsseldorf, Sybelstraße 1a.

Dr. Walter Lipgens, ord. Professor für

neuere Geschichte an der Universität Saarbrücken, 66 Saarbrücken 3, Bayernstraße 12. Hermann Weber, 68 Mannheim, Richard-Wagner-Straße 83.

Dr. Rainer Wohlfeil, Privatdozent für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Freiburg, 78 Freiburg i. Br., Hansjakobstraße 136.